Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 1½ Thlr., Wochen-Abonnem. 5 Sgr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2¼ Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 566. Mittag-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 3. December 1874.

Deutschland.

Berlin, 2. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Finanz-Secretair, Rechnungsrath Hülsen zu Hannover und dem Postexpediteur Pietsch zu Saabor, im Kreise Grünberg in Schlesien, den Rothen Adlerorden 4. Classe; dem Rendanten der Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande, Rechnungsrath Erath zu Sigmaringen, den königlichen Kronenorden 3. Classe; dem Schullehrer Willebaldt zu Ellrich, im Kreise Nordhausen, den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern; dem Schullehrer Scholz zu Kadlau, im Kreise Neumarkt, das allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Oberpfarrer Lic. August Friedrich Saran in Zehdenick zum Superintendenten der Diöcese Zehdenick, Regierungsbezirk Potsdam, ernannt.

Dem Banquier Carl Ladenburg in Mannheim ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als kaiserlich und königlich österreichisch-ungarischer Consul ertheilt worden.

Dem königlichen Oberförster v. Chamisso zu Balster ist die Oberförsterstelle zu Pforta verliehen worden. — Der königliche Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Adalbert Luck in Breslau ist, unter Belassung in der bisher von ihm wahrgenommenen Function eines technischen Mitgliedes der vorigen königlichen Eisenbahn-Commission, zum Mitgliede der königlichen Direction der oberschlesischen Eisenbahn ernannt worden.

Berlin, 2. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute Vormittag um 10½ Uhr Se. königliche Hoheit den Prinzen Albrecht nebst Gefolge, sowie den General-Lieut. v. Voigts-Rhetz und den General-Major Grafen v. d. Gröben, sämmtlich vor Ihrer heut Abend stattfindenden Abreise zur Beiwohnung der Feier des St. Georgen-Festes in St. Petersburg.

Um 11 Uhr hörten Se. Majestät den Vortrag des Civil-Cabinets, vorher noch den der Hofmarschälle.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] besuchte gestern das Augusta-Hospital.

Heute findet im königlichen Palais ein Diner zu Ehren Sr. kgl. Hoheit des Prinzen Friedrich der Niederlande statt, der mit dem Prinzen und der Prinzessin von Wied auf der Durchreise nach den Niederlanden hier eingetroffen ist.

Zu dem Diner haben auch die obengenannten, nach St. Petersburg abreisenden Herrschaften Einladungen erhalten.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern im Laufe des Vormittags die Meldung einiger höheren Militairs entgegen. Abends besuchte Höchstderselbe mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin die Vorstellung im Wallner-Theater. (Reichs-Anz.)

⊙ **Berlin**, 2. Decbr. [Die Bankfrage. — Das Unterrichtsgesetz. — Abkommen mit Italien.] Der Leitartikel der heutigen „Prov.-Corr." bestätigt, was wir über die parlamentarische Session gesagt und namentlich aus dem Schlußpassus ergiebt sich, daß man an der Möglichkeit festhält, die Bankfrage noch in der Session zur Erledigung zu bringen. Man scheint die Absicht zu haben, die Grundlagen der Verständigung schon in nächster Zeit darbieten zu können. Wenn nun auch freilich die Erledigung aller übrigen Materien nicht vor Weihnachten möglich sein sollte, so würde die Bankfrage doch immer schon in den Commissionen so weit vorbereitet sein können, daß eine Versammlung, im Zusammentreten des Reichstages ad hoc in der ersten Woche des Januar die Sache zur Reife bringen könnte und hat man dabei wohl die Zeit von ungefähr dem 5. bis 15. Januar im Auge. — Wir haben kürzlich die Andeutung gegeben, daß das Unterrichtsgesetz mit Rücksicht auf die schwebende Reorganisation der Verwaltung und der Selbstverwaltung noch nicht vorgelegt werden wird. In Beziehung darauf ist nun von anderer Seite bemerkt worden, man hätte das ja schon früher wissen können, der eigentliche Grund der Verzögerung aber liege im Mangel tüchtiger Arbeiter im Kultusministerium, wobei man auf einen vortragenden Rath für das höhere Schulwesen hinweist, welcher aus früherer Zeit im Kultusministerium verblieben ist. Diese Aeußerung verräth aber nur eine Unkenntniß der Sachlage, denn das höhere Unterrichtswesen, welches dem Decernat des genannten Rathes angehört, hat wenig oder nichts mit der Frage der ländlichen Selbstverwaltung zu thun, deren Erledigung als Vorbedingung des Unterrichtsgesetzes in Bezug auf die eigentliche Volksschule erscheint. — Der hiesige italienische Gesandte hat aus Anlaß eines Specialfalles dem Wunsch seiner Regierung Ausdruck gegeben, daß es den italienischen Behörden vorbehalten bleibe, die italienische Grenzstation, auf welcher ein von Deutschland ausgelieferter Verbrecher nach Maßgabe des Abkommens vom 25. Juli v. J. übernommen werden soll, in jedem einzelnen Falle besonders zu bezeichnen, und daß der Transport eines Verbrechers nach Italien jedesmal bis zum Eintreffen einer diesbezüglichen Erklärung ausgesetzt werde. Dieser Antrag erscheint durch die Natur der Verhältnisse, die dem Abkommen vorausgegangenen Verhandlungen und die seither im Allgemeinen geübte Praxis gerechtfertigt. Der Minister des Innern hat daher im Einverständniß mit dem Reichskanzler die Behörden aufgefordert, für die Folge dem entsprechend zu verfahren. Zugleich ist dem italienischen Gouvernement vom Reichskanzler zur Vermeidung von Verzögerungen anheim gegeben, in jedem Falle der um die Auslieferung ersuchenden Regierung von der gewünschten Uebergabestation eine besonders beschleunigte Mittheilung zu machen.

= **Berlin**, 2. December. [Die Bankcommission. — Der Transportverkehr. — Die Reblaus. — Der elsaß-lothringische Etat.] Der Bundesrath war heute Mittag um 12 Uhr im Reichskanzleramt unter Vorsitz des Staatsministers Delbrück zu einer Plenarsitzung versammelt, in welcher Nachträge zu dem Etat des Auswärtigen Amtes den einzigen Gegenstand der Verhandlung bildeten. — Die vielfach verbreitete Nachricht, daß die Bank-Commission des Reichstages schon morgen ihre Thätigkeit wieder aufnehmen würde, bestätigt sich nicht. Diejenigen Bundes-Commissare, welche wegen der Bankfrage zur Einholung von Informationen in die Heimath gereist waren, sind hierher zurückgekehrt und es wird sich zunächst eine weitere Verhandlung über die Stellung der Bundesregierung zu den Vorschlägen Preußens bez. der Umwandlung seiner Hauptbank in eine Reichsbank abzuwickeln haben. — In dem Eisenbahn-Betriebs-Reglement befinden sich bekanntlich auch Bestimmungen über die Lieferfristen, welche auch in Oesterreich-Ungarn acceptirt worden sind. Die dadurch erreichte Gleichmäßigkeit ist inzwischen durch den Verkehr an der Grenze beeinträchtigt worden und es sind dadurch nicht unerhebliche Verzögerungen eingetreten. In Folge dieser Vorgänge sind Verhandlungen zwischen der deutschen und der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung eingeleitet worden, um Festsetzungen herbeizuführen, nach denen die Grenze für den Transport-Verkehr kein Hinderniß mehr bieten soll. In diesen Verhandlungen erblickt man mit Genugthuung die ersten Anfänge zu einem allgemeinen internationalen Transportverkehr nach dem Systeme, welches für den Postverkehr durch den Berner Vertrag zur Geltung gelangt ist. — Die Bewegung unter den deutschen Weinbau-Interessenten zur Ergreifung gesetzlicher Maßregeln, um der Verbreitung der Reblaus entgegen zu treten, hat eine sehr mäßige Stütze im preußischen landwirthschaftlichen Ministerium gefunden. Man ist dort der Frage näher getreten und will seitens der preußischen Regierung mit einem Gesetz-Antrag bei dem Bundesrathe vorgehen. Hier handelt es sich in der That um eine Sache, die keinen Aufschub leidet, da an einzelnen Orten der preußischen Rheinlande wie der baierischen Pfalz das Uebel bereits aufgetreten ist. — Die Zahl der Elsaß-Lothringischen Abgeordneten im Reichstage ist um ein Mitglied, den Abg. Philippi vermehrt worden. Die Elsaß-Lothringer haben es abgelehnt, in die Commission einzutreten, welche mit der Vorberathung des Elsaß-Lothringischen Landeshaushalts-Etats betraut, werden soll. Die Budgetcommission des Reichstages hat heute die Berathung des Militär-Etats beendet, derselbe soll am künftigen Dinstag zur 2. Berathung gelangen. Es sind im großen und ganzen keine erheblichen Differenzpunkte vorhanden, so daß die Plenarberathung keine große Schwierigkeiten machen wird. — Seitens der Reichstagsmitglieder aus Rheinland und Westphalen haben heute auf Anregung des Abg. von Bockum-Dolffs Besprechungen über die dem preuß. Landtage zu unterbreitenden Provinzial-Communalvorlagen begonnen.

N.L.C. [In Bezug auf das preußische Unterrichtsgesetz], über welches in den letzten Tagen sehr beunruhigende Nachrichten durch die Presse gingen, erfahren wir, daß der Punkt, um dessen Abänderung es sich vorzugsweise handelt, in der Frage besteht, ob der Kreis die primäre Grundlage für die Unterhaltungspflicht der Volksschule sei, oder ob die Gemeinde primär und erst subsidiär der Kreis und in weiterer Instanz Provinz und Staat zur Unterhaltung verpflichtet sein soll. Der erste im Cultusministerium ausgearbeitete Entwurf beruhte auf dem kühnen Gedanken, den Kreis zur Grundlage zu machen. Ob dieser Gedanke festgehalten werden kann, steht dahin. Wohl aber ist es möglich, sich für die eine oder andere Alternative so zeitig zu entscheiden, daß der Unterrichtsgesetzentwurf noch im Laufe des nächsten Frühjahrs zur vorläufigen Kenntnißnahme mitgetheilt werden kann. Die Kritik, die sich daran knüpfen wird, kann ja der Verwaltung bei der definitiven Feststellung nur zu Gute kommen. Eine officielle Vorlage des Gesetzentwurfs zur Berathung im Landtage kann allerdings vor der Session, die mit dem 15. Jan. 1876 beginnt, aus dem Grunde nicht in Aussicht genommen werden, weil erst die Verwaltungsgesetze (Kreis- und Provinzial-Ordnung) vollständig fertig gemacht werden müssen. Werden dieselben nicht fertig und werden insbesondere in der Session von 1876 die beiden restirenden Provinzen (Hannover und Schleswig-Holstein) noch nicht eingereibt, so ist es freilich möglich, daß das Unterrichtsgesetz auch 1876 noch nicht eingebracht werden kann.

[Gerüchte.] Die gut unterichtete „Post" meldet: Wie in Reichstagskreisen verlautet, ist die Stellung eines hohen Verwaltungsbeamten in Schlesien, dessen Haltung in Ausführung der Maigesetze vielfach besprochen worden ist, stark erschüttert.

[Marine.] S. M. S. „Augusta" hat am 31. October cr. die Rhede von Demerara verlassen, traf am 2. November Mittags in Barbados ein und beabsichtigte am 10. dess. Mts. die Reise nach La Guayara anzutreten.

Schwerin, 2. December. [Die Enthüllung des Kriegerdenkmals] hat heute Vormittag unter Salutschüssen und Glockengeläute stattgefunden. Nach der Feierlichkeit defilirten die Truppen vor dem Großherzoge und dem Herzoge von Altenburg, in deren Begleitung sich die Generale von Stosch, von Treschow, von der Tann, von Wittich und viele andere höhere Offiziere befanden.

Bochum, 28. November. [Preßproceß.] Heute stand der Redacteur des hiesigen clericalen Blattes, Blum, in Gesellschaft des Herrn Suren, des Verlegers desselben, vor dem Kreisgericht unter der Anklage, durch einen mit der Ueberschrift „Fürst Bismarck als Beförderer der Freiheit" im Juli d. J. in der „Westf. Volksztg." abgedruckten Artikel sich mehrfacher Beleidigungen des Reichskanzlers schuldig gemacht zu haben. In diesem Artikel wird behauptet, Fürst Bismarck habe die staatsbürgerlichen Rechte der Katholiken in den mannigfachsten Beziehungen beeinträchtigt, speciell ihnen das Preß-, Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrecht verkümmert, ihre Religionsübung beschränkt oder vernichtet, das Briefgeheimniß und das Hausrecht ihnen gegenüber verletzt und namentlich auch dafür Sorge getragen, daß kein Katholik mehr ein höheres Staatsamt erlangen könne, oder daß er, wenn er ein solches innehabe, aus demselben entfernt würde. Herr Blum, dem es nicht gelungen war, einen Vertheidiger zu bekommen, versuchte sich selbst zu rechtfertigen und bemerkte u. A., daß er dem Fürsten Bismarck als Menschen und Familienvater die größte Hochachtung widme und daß er nur sein politisches System bekämpfe. Der Gerichtshof fällte ein freisprechendes Urtheil über beide Angeklagte. Die Begründung desselben lautete kurz dahin, daß der incriminirte Artikel nur eine allgemeine Kritik des gegenwärtigen Regierungssystems sei, nirgends aber Behauptungen enthalten habe, die als Beleidigungen des Reichskanzlers selbst aufgefaßt werden müßten. (Westf. Ztg.)

Aachen, 2. December. [Nach amtlicher Feststellung] wurden bei der hier stattgehabten Ersatzwahl zum deutschen Reichstage im Ganzen 6300 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielten Freiherr Max v. Biegeleben, Finanzminister a. D. zu Darmstadt (Centrum) 3284, Kaplan Eduard Groneberg, Leiter des hiesigen christlich-socialen Arbeitervereins zum heiligen Paulus, 2227 und Arnold Deutz von hier (liberal) 737 Stimmen. Die übrigen Stimmen zersplitterten sich.

Gotha, 30. Novbr. [Geschenk.] Zu den vielen prächtigen Geschenken, welche Herr v. Seebach zu seinem morgigen Ministerjubiläum von Stadt und Land, Corporationen und Privaten erhält, tritt noch ein sehr ansehnliches Geldgeschenk, das sich in den bescheiden klingenden Betrag von 7000 Lstrl. kleidet. Diese Summe verehrt dem treuesten Diener des Hauses Koburg die Englische Linie des Letzteren. Das Koburgische Haus hat allerdings Ursache, sich dem Manne dankbar zu zeigen, dessen Einflusse es allein die einstige Votirung eines nach Millionen zählenden Hausvermögens — natürlich auf Kosten der votirenden Achiver selbst — zuzuschreiben hat.

München, 30. Nov. [Preßproceß gegen Dr. Sigl.] Ueber diesen interessanten Proceß berichtet der „Fr. C.": Vor dem oberbaierischen Schwurgericht wurde heute auch über den letzten Preßproceß verhandelt, der demselben in dieser Session vorlag. Dr. Sigl war beschuldigt, verübt zu haben drei verleumderische Beleidigungen des Reichskanzlers: 1) durch einen Artikel in Nr. 159 des „Vaterland" über den Kullmann-Proceß, insbesondere durch folgende Stelle: „Der „„fanatische Bauernjunge"" hat seine Schuldigkeit gethan und kann — durch den Gerichtssaal — mit einem schönen Stück Geld aus dem Reptilienfond in aller Stille nach Amerika gehen. Das ist ja schon öfter dagewesen in der Weltgeschichte! Mit einem Worte: Wir glauben nicht an ein ernstes Attentat, sondern nur an eine Comödie, mit der man dem „bestgehaßten Manne Europas" wieder etwas auf die Beine der Popularität helfen wollte." 2) Durch einen Artikel in der Nr. 165 seines Blattes mit der Ueberschrift: „Wo bleibt der Reichshund?" namentlich durch den Passus: „Sollte das kluge Thier etwa geahnt haben, daß die Affaire „nichts auf sich haben werde", daß alles fein gemüthlich und ungefährlich ablaufen werde und seine Hilfe ganz und gar überflüssig wäre? Wenn Beliams Esel sogar sprechen konnte, warum sollte der Reichshund nicht in die Zukunft sehen, nicht werdende Dinge sich entwickeln, sich allmälig gestalten, sich arrangiren sehen? 3) Durch einen weiteren Artikel in der Nr. 173, besonders durch die Stelle: „Wie es scheint, trauen die Berliner der „Rücksichtslosigkeit", Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der baierischen Richter so wenig als der „Natur der Verletzung", aus deren „Beschaffenheit" möglicherweise das Comödienhafte der „blutigen Schmach" allzu klar hervorgehen möchte, wenn nicht von vornherein der Mordversuch als unangreifbares preußisches Dogma hingestellt ist. Die Besorgniß und Angst, daß aus der „Natur der Verletzung" die Comödie allzu klar hervorgehen könnte und daß demnach die ganze Affaire Kullmann sich zu einer riesigen Blamage — für die Reptilien meinen wir natürlich — auswachsen würde, spricht deutlich aus den Wuthartikeln der Berliner Officiösen über die baierischen Richter und insbsondere über den „rücksichtslosen" Untersuchungsrichter Straßenreuther." — Die Anklage geht nämlich davon aus, daß die Erfindung eines Attentats nicht ohne Wissen und Willen Bismarck's hätte vor sich gehen können, daß also die Behauptung einer solchen Fiction geeignet sei, denselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. — Dr. Sigl, durch Advocat Thürmayer von Freising vertreten, war nicht erschienen und wurde daher die Verhandlung ohne Zuziehung von Geschworenen gepflogen. In der Voruntersuchung hat er sich als Verfasser der fraglichen Artikel bekannt und sich hierbei darauf hinausgeredet, er habe damit nicht sagen wollen, daß von Bismarck, der das wohl in klügerer Weise gethan haben würde, sondern von irgend einer andern Seite ein Scheinattentat arrangirt worden sei. Die betr. Artikel seien blos eine Polemik gegen jene Blätter gewesen, welche Sigls Partei der Betheiligung an dem fingirten Mordversuche beschuldigten. Zur Beurtheilung des Werthes dieser Rechtfertigung wurden auf Antrag des Staatsanwalts, Frhrn. v. Leonrod, noch andere Artikel desselben betreffs im „Vaterland" verlesen, dann die Vorstrafen bekannt gegeben, wonach Sigl selbst wegen Beleidigungen eines auswärtigen Staatsoberhauptes, des Reichskanzlers u. s. w. bereits siebenmal, dann die früheren Scheinredacteure seines Blattes, Miedaner und Franta, wegen Beleidigung des Kaisers, des Landesherrn u. s. w. gleichfalls bestraft worden sind. Der genannte Staatsanwalt leitete sodann die Begründung der Anklage mit folgenden Bemerkungen ein: Allenthalben lesen wir in der deutschen Presse: „Die Schwurgerichte müssen uns erhalten bleiben, namentlich in Preß- und politischen Sachen." „Nun, im Laufe der nun zu Ende gehenden Schwurgerichts-Session hatten 5 Redacteure von hier wegen Preßvergehen vor dem Schwurgerichte sich zu verantworten und von diesen Fünfen ist ein Einziger vor den Geschworenen heute Morgens erschienen, obwohl er ein Geständniß ablegen mußte und der Fall selbst geringfügig war. Er hielt es aber als Redacteur für seine Pflicht, vor den Geschworenen zu erscheinen. Nun ist die Frage nicht uninteressant, warum Dr. Sigl heute nicht erschienen ist. Es ist nicht Mangel an Muth; denn erst im vorigen Jahre war er selbst anwesend. Ist es vielleicht Abneigung vor den Geschworenen? Eine solche besteht allerdings; aber die hat er gegen die Justiz überhaupt. Bei ihm ist die Frage um so interessanter, als er in mehreren Nummern seines Blattes verkündet hat, daß er mit der größten Ruhe der Schwurgerichtsverhandlung entgegensehe, und Einladungen erlassen hat, daß das Publikum sich dabei einfinden solle. Vielleicht giebt er jetzt seine Sache doch schon verloren. Ich glaube nicht weit fehl zu gehen, wenn ich sage: Er sitzt jetzt im Cafehause und lacht darüber, daß wir uns so viele vergebliche Mühe mit ihm machen, über das Contumacialverfahren, das ihm gestattet, in wenigen Tagen zu erklären, daß er nochmal verhandelt werden wolle, d. h. den Einspruch zu erheben. Zuerst probirt ers mit den rechtsgelehrten Richtern, dann mit den Geschworenen, und wenn das Alles nicht reicht, mit der Nichtigkeitsbeschwerde. Inzwischen wird es dann Frühjahr und in Sigl's Phantasie kommt bis dahin ungeheuer Vieles vor — ein Krieg, der Untergang des verhaßten deutschen Reiches, eine Amnestie oder dergl. Wegen der Richtung seines Blattes kann allerdings ein Redacteur nicht bestraft werden; nur muß die Sprache so geformt sein, daß sie nicht gegen das Strafgesetz verstößt und vor Allem nicht beleidigend ist. Jedermann hat ein Recht, daß seine Ehre unangetastet bleibe. Wie aber soll Dr. Sigl, der den deutschen Kaiser und den ersten Beamten des Reiches bis in das innerste Mark hinein haßt, zu sich herabzieht und mit Nadelstichen verletzt, für den bisher blos ein König von Preußen, aber kein deutscher Kaiser existirt — wie soll er bei seinen beständigen Angriffen auf diese Männer die Grenzen, die das Strafgesetz zieht, einzuhalten vermögen? Wenn auch meistens — immer gelingt es ihm doch nicht. Nachdem er also im vorigen Jahre in die Falle des Gesetzes gegangen ist; hielt er sich einen Sclaven in der Person des Miedaner, der für ihn die Schläge aushalten sollte, und hierauf in der Person des Franta. Dann mag er keinen mehr gefunden haben, der freiwillig die Stelle eines Prügeljungen übernahm. Dann ist auch das Reichsgesetz in Wirksamkeit getreten, welches nicht nur die Benennung eines Scheinredacteurs streng beahndet, sondern sich auch bei Heranziehung zur Strafe nicht mit der Person des Redacteurs allein begnügt. — Nachdem Redner sodann zur Charakterisirung des „Vaterland" aus einer andern Nummer desselben den Satz: „Wir bleiben unverbesserlich", mitgetheilt hatte, fuhr er fort: Wir lesen in letzterer Zeit in der ultramontanen Presse vielfach Klagen darüber, daß z. B. nur ultramontane Redacteure verurtheilt werden. Mit diesen Klagen ist zuweilen ein Tadel gegen die Geschworenen oder gegen die rechtsgelehrten Richter verbunden. Mit diesem Martyrium ist es aber nicht viel, sondern die Sache hat einen ganz natürlichen Grund. Die ultramontane Partei und Presse halten sich für verfolgt vom Staate, von der Regierung und den Gesetzen, greifen sie deshalb beständig an und werden nun wieder zur Verantwortung gezogen. Dr. Sigl weiß auch recht wohl, daß die Anschuldigungen gegen ihn nicht auf Parteinahme beruhen, sondern gegen Beleidigungen gerichtet sind, welche jeden anständigen Leser anwidern. Er will für Wahrheit, Recht und Vaterland kämpfen; da muß die Wahrheit gemeint sein, die im „Vaterland" liegt. Als er die Nachricht vernahm, die jeden anderen Deutschen mit Abscheu erfüllen mußte, da faßt er den teuflischen Plan, einen Artikel zu schreiben, worin er seinen und seiner Partei Erzfeind als einen elenden Heuchler hinstellen und in jeder Beziehung verdächtigen wollte. Während damals der Kaiser und unser König gemeinsam das Beglückwünschungs-Telegramm an den Fürsten Bismarck absandten, verfaßte Sigl den ersten der Artikel, welcher heute den Gegenstand der Anklage bilden, und mehrere Tage darauf haben ihn auswärtige Blätter, wie die „Osservatore Romano," die „Voce della verita" und die „Unita cattolica" nachgedruckt. Im Allgemeinen bemerkte Redner noch, daß man eines eigenen Schimpflexikons, welches man immer ergänzen müsse, bedürfe, um Sigl zu verstehen, ging dann im Einzelnen auf die 3 incriminirten Artikel ein, hob auch hervor, daß er, obwohl nach dem Lesen derselben überzeugt, daß Fürst Bismarck hiedurch schwer beleidigt sei, nichts gethan habe, bis der Strafantrag desselben eingelaufen sei, und beantragte, den Beschuldigten im Sinn der Anklage schuldig zu sprechen und zu einer 15monatlichen Gefängnißstrafe zu verurtheilen. — Der Vertheidiger that zwar Alles, um den Mohren weiß zu waschen, machte insbesondere geltend, es fehle die Voraussetzung des Art. 187 des R.-St.-G.-B., daß wider besseres Wissen eine Thatsache behauptet worden sei, und Sigl habe blos seine persönliche Meinung als etwas Mögliches hingestellt und plaidirte auf Freisprechung, jedoch ohne Erfolg; denn der Gerichtshof entsprach bezüglich der Schuldfrage dem Antrag des Staatsanwalts, setzte dagegen das Strafmaß auf 10 Monate herab, als Straferschwerungsgründe die Gröblichkeit der Beleidigungen, die Persönlichkeit und Stellung des Beleidigten, die Schmähsucht Sigls und seinen in Bezug auf Preßdelicte getrübten Leumund bezeichnend und das Vorhandensein von Strafminderungsgründen

verneinend. — Der Verhandlung wegen verläumderischer Beleidigung des Fürsten v. Bismarck, hat auch der Sohn des Fürsten, der als Attaché der königl. preuß. Gesandtschaft zugetheilt ist, beigewohnt.

Schweiz.

Zürich, 29. November. [Aus dem Aargau. — Vorlagen für die Bundesversammlung. — Italien und die Gotthardbahn. — Auswanderung. — Constituirung der reformirten Synode in Bern. — Aus St. Gallen. — Die Kapuziner in Solothurn. — Das Schulwesen in Freiburg. — Aus Tessin. — Brunnenvergiftung. — Ein gefährlicher Gauner. — Schneefall.] Der Aargau, welcher sich von den Miteidgenossen ganz gern und schmunzelnd als „Culturcanton" hänseln läßt, ist vorigen Sonntag weit hinter seinem Rufe zurückgeblieben und hat einmal recht tapfer und gewissenhaft die Pferde hinter dem Wagen angespannt. Der weise Souverän hat in äußerst ungnädiger Laune zwei von den Behörden vorgelegte, dringend nothwendige Gesetzentwürfe zu den Acten gelegt; dieselben betrafen Gehaltserhöhung der Lehrer und der Polizisten. Letztere wären fast durchgekommen, die ersteren wurden mit der starken Mehrheit von 21,945 gegen 12,829 niedergestimmt. Die Behörden werden wohl mit Theurungszulagen etwas nachhelfen und später vom schlecht unterrichteten Souverän an den besser unterrichteten appelliren. Einstweilen ist die natürliche Folge der Volksabstimmung, daß Lehrer und Polizisten schon in ziemlicher Anzahl ihre Entlassung nehmen und sich nach besser bezahlter Beschäftigung umschauen. — Am 7. December schon nimmt die Bundesversammlung ihre Arbeiten wieder auf, deren eine ganze Reihe auf sie wartet, als: Gesetze über Civilstand und Ehe, Maß und Gewicht, Eisenbahnen, Banknoten, internationaler Postvertrag, ultramontane Beschwerden 2c. Natürlich auch das Budget nicht zu vergessen, welches auf 39 Millionen Einnahme und Ausgabe lautet, darunter 11,700,000 Fr. oder nach Abzug der Einnahmen fast 8½ Millionen für das liebe Militär. — Italien hat seinen diesjährigen Beitrag zum Gotthardtunnel mit 3 Millionen Fr. nach Bern eingesandt, meist in blanken Fünffrankenstücken; die Sendung kam in 72 eisernen Kisten, wog 260 Centner und kostete 6600 Fr. Fracht. — Aus 20 Cantonen sind im v. J. fast 5000 Personen ausgewandert, darunter 4459 nach Amerika. — Die reformirte Synode von Bern hat sich constituirt; sie wählte den liberalen Oberrichter Züricher zum Präsidenten und bestellte den Synodalrath, die Kirchenverwaltung, überwiegend aus liberalen Elementen. Regierungsrath Teuscher, der Urheber der neuen Kirchenorganisation, eröffnete die Versammlung mit Mahnungen zur einträchtigen Wirksamkeit der verschiedenen Richtungen, um den Feinden rechts und links, den Ultramontanen und den Materialisten, Stand zu halten. Präsident Züricher hob in seiner Schlußrede die Vorzüge des neuen Kirchengesetzes hervor. „Dem demokratischen, freiheitlichen Zug der Zeit kann nichts widerstehen. Wie er im Staate durch consequente Trennung des Bürgerlichen und Kirchlichen das Individuum von confessioneller Bevormundung emancipirt, so strebt er mehr und mehr danach, auch die innere Organisation der Kirchen umzugestalten, die hierarchischen Formen und Einrichtungen durch den Grundsatz der Gleichberechtigung Aller zu beseitigen." Die freie Volkskirche könne die verschiedensten Richtungen umschließen. „Fürchte man nicht, durch diese Freiheit und durch die ausschließliche Herrschaft des Gewissens die Einheit der Kirche zu gefährden. Das Gewissen ist nicht Einzelwillkür, nicht Subjectivismus, es ist im Gegentheil die gewisseste aller objectiven Mächte. Die Kirche nur auf das Gewissen gründen, heißt die Kirche von Menschenfesseln und Menschenwillkür befreien, heißt dem freien Walten des göttlichen Geistesvertrauen, heißt die Kirche direct auf Gott gründen. — Nicht die äußere Autorität, nur die Freiheit, die innere Autorität des Gewissens, die innere Offenbarung Gottes, nicht das Levitenthum, nur die Prophetin wird dem Glauben zum Sieg verhelfen, wird die moderne Welt aus den Banden des Materialismus erlösen." Es ist selbstverständlich, daß der ehrenwerthe Redner unter „Gewissen', nicht den Ungehorsam gegen die Staatsgesetze, welche der Ausdruck des öffentlichen Gewissens sind, versteht, wie es der materialistische Ultramontanismus thut. — Der neuen Bundesverfassung gemäß hat der Große Rath von St. Gallen die Ehegerichtsbarkeit den geistlichen Behörden entzogen und auf die ordentlichen Gerichte übertragen. — Der Cantonsrath von Solothurn hat nach lebhafter Debatte den Antrag der Regierung, künftig keinen Beitrag an die Kapuziner mehr zu zahlen, abgelehnt, und zwar mit der naiven Clausel: „sofern sie sich der politischen Thätigkeit und der religiösen Unduldsamkeit enthalten", d. h. die Krähen dürfen nicht mehr in die Saaten. — Im Großen Rath von Freiburg spielte sich ein bewegter Auftritt ab. Fürsprecher Gendre, welcher das Häuflein der Liberalen führt, macht seit längerer Zeit in Versammlungen und Zeitungen das Freiburgische Schulwesen nicht schlechter als es wirklich ist. Hierüber von dem ultramontanen Regierungsrath zur Rede gestellt, überschüttete er die Gegner mit Beweisen und Belegen und verlangte eine eidgenössischen Untersuchung. Natürlich schlug die Mehrheitskeule der clericalgesinnten Versammlung ihn einfach todt; die Schulen erfüllen ja vollkommen den Zweck, das Volk unter dem geistlichen Joche festzuhalten. — Der Staatsrath von Tessin hat den Advokaten und Verhörrichter Conti in Lugano, einen Hauptstänkerer der ultramontanen Partei, im Amte eingestellt, weil er mit vier wegen Mordes in Untersuchungshaft sitzenden Weibern Unzucht getrieben hatte. Er hat ferner dem ultramontanen Nationalrath Gatti, welcher wiederholt hinter die Rekrutenschule gegangen war, eine Strafe von 200 Fr. und Einstellung in den bürgerlichen Rechten aufgesalzen. Beide Herren sind mit ihrer Beschwerde darüber vom Großen Rath gründlich abgewiesen worden; der „Untersuchungsrichter" Conti ist dem Untersuchungsrichter überwiesen worden und wird noch nähere Kenntniß von den Gesetzen zu nehmen haben. — Zu Plaigne im Berner Jura hat man den altkatholischen Pfarrer sein Trinkwasser durch Jauche vergiftet. Die Brunnenvergiftung, deren man im Mittelalter öfter die Juden mit Unrecht beschuldigte, wird also in unserm civilisirten Jahrhundert von frommen Katholiken wirklich verübt und von noch frömmeren mit Wohlgefallen aufgenommen. Das Luzerner „Vaterland" ergießt seinen Spott darüber, daß die Polizei den Urheber der Infamie zu erforschen sucht. — Die Zürcher Polizei hat einen Erzgauner, Gräf aus Unterfranken, abgefaßt, welcher Dutzende falschner Namen führte, mit Dietrichen und Stempeln wohl ausgerüstet war, um sich selbst amtliche Papiere anzufertigen, und besonders heirathslustige Frauenzimmer auszusaugen verstand. — Die Bergpässe der Schweiz sind ziemlich wieder frei, nachdem man durch die ungeheuren Schneemassen Bahn gebrochen. Tagelang waren Hirten eingeschneit, die man nur mit größter Mühe erlöste. Auch manches Menschenleben ist verloren gegangen.

Niederlande.

Amsterdam, 27. November. [Der niderländische Liberalismus und die ultramontanen.] Englische Minister und Parlamentsmitglieder, schreibt man der „K. Z.", pflegen die Sitte bei Wählermeetings oder Zweckessen ihre allgemeinen oder besondern politischen Grundsätze auszusprechen. Holländische Abgeordnete brechen in öffentlicher Kammersitzung gern die Gelegenheit vom Zaune, ihr politisches Glaubensbekenntniß kund zu machen. So hat der Abgeordnete Herr Kappeyne van de Copello bei dem Anfang der Budgetberathung eine Rede gehalten, welche der Minister des Innern ein Regierungsprogramm der liberalen Partei nannte und worüber viel gesprochen wird. Herr Kappeyne behauptet, die Schwäche der Liberalen sei theilweise auch durch den Abfall der Katholiken entstanden. Es sei natürlich, daß die niederländischen Katholiken durch die Begebenheiten im Auslande von Entrüstung und Angst erfüllt seien. Er begreift es, daß sie sich unter solchen Umständen gegen die liberalen Principien wenden; wenn er Katholik wäre, würde er ein Gleiches thun. Aber er beschuldigt sie, daß sie zu weit gehen unter dem Einfluß der ausländischen Vorgänge. Die Katholiken hätten keine Ursache, in den Niederlanden unzufrieden zu sein, da ihre Kirche sich ja ganz nach Belieben ausbreiten könne. Jetzt litten auch die Niederlande unter den Widerwärtigkeiten, welche der katholischen Kirche im Auslande bereitet würden. Weiter führt Herr Kappeyne aus, daß man mit der früheren Auffassung der Staatsidee brechen müsse. Der Staat müsse nicht allein Polizeistaat sein, sondern er müsse sich an dem geistigen und materiellen Wohl seiner Unterthanen gelegen sein lassen. Dazu seien überall Reformen nothwendig: im Beamtenthum, im Rechtswesen, in der öffentlichen Gesundheitspflege, in den öffentlichen Arbeiten, im Unterrichtswesen, in der Landesvertheidigung und im Steuerwesen. Das wäre nun so ziemlich alles, was zum Berufe des Staates gehört, und man kann den Wünschen, welche Herr Kappeyne in dieser Beziehung aussprach, im Großen und Ganzen beipflichten; aber man fragt sich unwillkürlich, was soll in diesem Augenblick ein Regierungsprogramm der liberalen Partei, nachdem Herrn Kappeyne selbst ein großer Theil der Schuld an dem Falle des liberalen Ministeriums trifft. Seine Auffassung des Standpunktes der Katholiken in den Niederlanden ist geradezu naiv. Die Bestrebungen der Ultramontanen sind ihm augenscheinlich gänzlich unbekannt; das machte ihm alsbald Herr Heyderyk etwas klar, indem er erklärte, er habe von der Sympathie des Herrn Kappeyne für die Katholiken nichts bemerkt, als es sich um ihre Interessen, z. B. bei der diplomatischrn Vertretung beim Papste, handelte. Die Katholiken seien mit der Landesverfassung schon ganz zufrieden, obgleich sie immerhin noch Wünsche hegten. Herr van der Does de Willebois hielt es für nöthig, nochmals die bekannte Erklärung der Ultramontanen abzugeben: „Der „Syllabus verurtheilt gewisse Principien in ihrer Allgemeinheit und Absolutheit, aber er schreibt den Katholiken durchaus nicht vor das dem Verurtheilten Entgegengesetzte überall und immer thatsächlich auszuüben." Wo das Verurtheilte also den Zwecken der Kirche dient, läßt man es bestehen, wo es der Kirche im Wege steht, muß es vernichtet werden. Das ist ultramontane Moral und Praxis, wie sie sich auch hier zeigt. Trennuug zwischen Staat und Kirche, Preßfreiheit werden trotz des über sie ausgesprochenen Anathemas nicht allein geduldet, sondern gar vertheidigt, da die Kirche sich ihrer augenblicklich sehr vortheilhaft als Waffen bedient. Dagegen wird der confessionslose Unterricht mit allen Mitteln bekämpft, weil er dem Ultramontanismus schadet. Gestern wäre Herr Kappeyne vortrefflich in der Gelegenheit gewesen, seine Sympathie für die Ultramontanen zu zeigen. Herr Kerens de Wylré beantragte nämlich, den Staat der Niederlande durch eine Gesandtschaft bei dem König Carlos von Spanien zu vertreten. Er motivirte seinen Antrag dadurch, daß Don Carlos über ein größeres Ländergebiet herrsche, als Niederland, und daß deßhalb mit seinen Staaten vortheilhafte Geschäfte zu machen seien. Ein homerisches Gelächter war die Antwort der Kammer; der Minister des Aeußern aber erwiderte, die niederländische Regierung habe die Regierung des Präsidenten Serrano als rechtmäßig anerkannt. Ob allein Dummheit Herrn Kerens zu diesem Antrage verleitet hat, oder ob die Ultramontanen einmal haben versuchen wollen, wie weit sie ihre Unverschämtheit treiben dürfen? Es ist bekannt, daß die katholischen Abgeordneten unter scharfer Parteidisciplin stehen, die durch die Geistlichkeit ausgeübt wird, und zu selbstständigen Handlungen keinen Muth haben. Der Einfluß der Ultramontanen in gewissen Kreisen wird in einem eingesandten Artikel des heutigen „Handelsblad" besprochen, in welchem dargelegt wird, wie man mit sehr vielem Erfolge bemüht ist, die höheren und niederen Stellen am Hofe und in der Armee durch Katholiken zu besetzen, und wie man diese bei Beförderung so viel wie möglich bevorzugt. Das „Handelsblad" selbst glaubt noch nicht an eine solche Bevorzugung, aber es wünscht, daß die Sache untersucht werden möchte. Wenn eine solche Untersuchung nur nicht ausfällt wie diejenige wegen der gezwungenen Mitfeier protestantischer Soldaten des Mariä-Himmelfahtstages. Der Minister erklärt, dieselbe sei im Interesse der protestantischen Soldaten geschehen. Der genannte katholische Feiertag sei auf einen Sonnabend gefallen, an welchem sonst allerhand Arbeiten verrichtet werden müßten, welche bei einer Nichtfeier des Tages allein durch die protestantischen Soldaten hätten verrichtet werden müssen. Aus practischen Gründen habe man dann nicht allein die katholischen, sondern alle Soldaten die Parade-Uniform anlegen lassen. Woher holt man aber die Bestimmung, daß katholische Soldaten auch an nicht gesetzlich bestimmten Feiertagen vom Dienste befreit und in Parade-Uniform gekleidet sein sollen? Bringt man diese Erklärung des Ministers in Verbindung zu den Ausführungen des eingesandten Artikels im „Handelsblad", dann muß man gestehen, daß der ultramontane Einfluß in der Armee schon stark sein muß, daß man es den Protestanten als eine Gunst anrechnet, wenn sie einen katholischen Feiertag mitfeiern dürfen. Aber die Liberalen vom Schlage des Herrn Kappeyne haben eigentlich kein Recht, sich darüber zu beklagen; erklärte genannter Abgeordneter doch am Schlusse seiner Rede, er sähe mit Vergnügen, daß die kirchlichen Parteien in der Politik wieder ihre Banner entfalteten.

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 3. December. [Befugniß der Geistlichen.] In Folge mehrfach erhobener Zweifel ist den Geistlichen nunmehr der Bescheid zugegangen, daß sie auch jetzt allein zur Ertheilung der Erlaubniß-Scheine für Beerdigungen auf den Kirchhöfen ihrer Gemeinden befugt sind. Doch haben sich dieselben zuvor von der Anmeldung des Sterbefalles beim Standesbeamten, welcher darüber ein unentgeltliches Attest zu ertheilen hat, zu überzeugen.

* [Wegen der Kirche „zum heiligen Geist."] Aus Hirschberg meldet der „Bote": In der Proceßsache der hiesigen katholischen Pfarrgemeinde gegen den hiesigen Magistrat, wegen Störung im Besitz der sogenannten Kirche zum heiligen Geist, hat das Obertribunal das Erkenntniß erster Instanz vernichtet und Beweisaufnahme über den unrechtmäßigen Schlüsselbesitz Seitens der Pfarrgemeinde angeordnet. Wird dieser Beweis vom Magistrat geführt, so ist die klagende Pfarrgemeinde abzuweisen.

□ **Breslau**, 29. Novbr. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] „Das Volksleben im Zeitalter der Reformation" schilderte Herr Redacteur Bauer in dem gestern vor gesteigerter Zuhörermenge gehaltenen sehr umfassenden 4. Vortrag, Vormittag um 11 Uhr im Musiksaale der Königl. Universität. Redner begann damit, daß er mehrere Analogien in den Bestrebungen der damaligen Zeit und der Gegenwart hervorhob, so die Bestrebungen zur Erlangung der deutschen Einheit, zur Errichtung eines Reichszolles und die Durchkämpfung mancher theologischen Fragen. Zum Gegenstand seines heutigen Vortrags wollte er diese jedoch nicht machen, sondern nur eine Reihe culturgeschichtlicher Zustände der damaligen Zeit vorführen, nachdem er die Weltlage scizzirt haben werde. Dies that er, indem er die Stellung charakterisirte, die die verschiedenen Nationen z. Zeit einnahmen: Rußland, die nordischen Reiche, England, Frankreich, Spanien, Portugal 2c. In Deutschland war eine scheinbare Einigung der Stände erreicht, obwohl neben den fürstlichen Territorialrechten noch andere alte Rechte fortbestanden, aber doch der Humanismus schon einen frischen Lebenshauch ausströmte, der durch den Einfluß der durch die Türken aus Griechenland nach Italien getriebenen Gelehrten geweckt war. Das Ansehn mancher Stände, wie des Adels und des Bauernstandes, war gesunken, nur in einigen Gegenden regt sich der letztere noch, wie in Dithmarschen, in Ostdeutschland und in der Schweiz. Dagegen entfaltete das Bürgerthum seine Blüthe durch Industrie und Betriebsamkeit. In früheren Zeiten hatte der Bauernstand den Hauptbestandtheil der fürstlichen Heere gebildet und beschrieb der Vortragende die Ausrüstung der jungen Bauern, die stellenweise auch von Wohlstand zeugte. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts indeß war sein Ansehn und seine Macht mit Einführung der stehenden Heere gesunken und wurde derselbe als Gegenstand des Hasses der anderen Stände nur noch in Spottreden wegen seiner Grobheit und Unwissenheit gegeißelt und er mußte in den Fehden der Ritter durch Unbilden deren Zank büßen. Charakteristisch ist, daß einen der Anlasse des Bauernkrieges die Gräfin von Luxen gegeben hat, die ihre Bauern zwingen wollte, in ihrem Dienst Schneckenhäuser zu sammeln. In jener Gegend, nahe am Schwarzwalde, brach dieser Krieg los, dem ganz berechtigte Forderungen, wie unserer gegenwärtigen Arbeiterbewegung zu Grunde lagen, der aber, namentlich soweit der Kampf durch die Waffen entschieden worden war, zu Ungunsten der Bauern endete. In den Städten der Bürger herrschte Wohlstand; diese waren befestigt und erfreuten sich die Fürsten und sogar dem deutschen Kaiser gegenüber bestimmter Rechte. Die Herrschaft in den Städten lag in den Händen der Patrizier, später der Zünfte. Außerdem gab es Brüderschaften, sowohl geistliche als weltliche, letztere meist zum Zweck gemeinschaftlichen Trinkens gebildet. Die Straßen waren ungepflastert und in manchen Städten mußten die Schweine, die sich darin umhertreiben dürften, zur Sicherheit der Vorübergehenden Glocken tragen, der Koth war unergründlich und sollen sogar die Pferde eines deutschen Kaisers darin stecken geblieben sein. Die Bauart der Häuser war meist dementsprechend ohne Rauchfänge, der Heerd der gemeinsame Versammlungsplatz. Nur in Nürnberg und Augsburg und einige Häuser in Breslau trugen die Spuren des Renaissance-Stils. Bürger, die etwa 300—1000 Gulden besaßen, galten für reich, Fugger mit etwa 13,000 Gulden schon für unermeßlich reich. Die Feste waren reich ausgestattet, die Zimmer der Patrizier mit Malereien und Schnitzwerk geziert. Auch fremde Thiere, Affen, Papageien 2c. wurden gehalten. Aber auch die kostbaren Räuchereien schützten nicht vor Epidemien. Hierauf setzte Herr Redacteur Bauer die Verhältnisse der damaligen Aerzte, Quacksalber und des Apothekerwesens auseinander, erwähnte die Armen- und Krankenhäuser des sehr ausgebreiteten Straßenbettels, der Speisen und Getränke und der sonstigen Lebensgewohnheiten der Bürger, ihrer Trachten und Feste, unter welchen letzteren die Kirchweihen und Schützenfeste auszuzeichnen sind, ebenso erwähnte er der Leichenbegängnisse, von welchen wir von den Ausführungen des Herrn Redners, um nicht das uns gestattete Maaß zu überschreiten, nur die Namen der behandelten Gegenstände anführen können und ging dann zum Capitel des Aberglaubens über, bei welchem er erwähnte, daß trotz der gleichzeitig wirkenden Copernikus, Keppler und Tycho de Brahe, die Sterndeuter des einer damals eintretenden „Verbindung der 3 obern Planeten und der Fische" von Ueberschwemmung vorhersagten, so daß selbst Gelehrte sich Archen bauen ließen. Ferner besprach Herr Redacteur Bauer den Hexenglauben, dem auch Maria Stuart anhing. Die Hexenverbrennung wurde 1486 vom Kaiser Maximilian II. zum Gesetz erhoben und der berühmte Hexenverfolger Remigian, der in 19 Jahren 800 Hexen hatte verbrennen lassen, erlitt 1489 denselben Tod auf eigene Anklage; auch „Stigmatisirte" wurden davon betroffen, desgleichen kamen Thierbeschwörungen vor, so in Tirol gegen die Maulwürfe, Gespensterglauben fand jedoch keine Bekenner; Alles Derartige wurde dem Teufel zugeschrieben. Hierauf schloß der Vortragende, da die Zeit weit über die bestimmte Grenze vorgeschritten war, den inhaltreichen Vortrag.

—nn. **Breslau**, 2. December. [General-Lehrerconferenz.] Am 28. v. Mts., Nachmittags 4 Uhr fand im Prüfungssaale der kath. höheren Bürgerschule die übliche — im vorigen Jahre durch den Personenwechsel im städt. kath. Schulen-Inspectorat ausgefallene — General-Conferenz der kath. Lehrer Breslaus statt. Derselben wohnten bei: Der Königl. Regierungs- und Provinzial-Schulrath Herr Jüttner, der städt. Schulrath Herr Thiel, mehrere geistliche Revisoren und 14 wissenschaftliche Lehrerinnen. Nachdem der Vorsitzende, Herr Schuleninspector Dr. Höhnen, den Lehrer Zische zum Schriftführer ernannt hatte, erklärte er die Sitzung für eröffnet. Zunächst wurde von den gesangsfähigen Mitgliedern der Conferenz unter Leitung des Rectors und Hauptlehrers Münch I. der Psalm: „Der Herr ist mein Hirt" von Bernh. Klein recht gut executirt. Darauf trug I. der zum Referenten ernannte Hauptlehrer Jos. Hoffmann das mit großer Sorgfalt und Gewandtheit angefertigte Referat über die eingegangenen 4 Arbeiten von dem Rector Hauptl. Heidler und den Lehrern Kleiner, Bliemel und Oppitz vor. Das von der Königl. Regierung gestellte Thema lautet: „Die Translocation der Schüler in mehrklassigen Schulen. Unter welchen Bedingungen und in welcher Art und Weise hat sie stattgefunden? Die Verfasser stimmen in der Beleuchtung der Hauptgesichtspunkte, wie solche im Thema schon enthalten sind, mit einander überein. Hauptbedingung zur Versetzung in eine höhere Klasse ist: Das Erreichthaben des vorgeschriebenen Zieles in den Kenntnissen und Fertigkeiten. In diesem Falle muß die Versetzung stattfinden. Sie kann erfolgen, wenn Alter und Geschlecht als Ausnahmefälle berücksichtigt werden. Eine Translocation in eine höhere Klasse blos wegen des Religionsunterrichts, aber bei sonstiger geistiger Qualification unter dem Niveau ist nicht zu billigen. Jede Versetzung muß in Verbindung mit einer gewissen Feierlichkeit geschehen. Dieselbe erfolgt zunächst auf Vorschlag des betreffenden Klassenlehrers nur im Einverständniß des zur Prüfung herangezogenen Hauptlehrers der Anstalt. — Nach einer kurzen Debatte, an welcher sich der Referent Hoffmann und Lehrer Dyonni betheiligten, ergriff der städt. Schulrath Herr Thiel das Wort und gab eine genaue historische Genesis des städtischen Schulwesens hierselbst. Erst im Jahre 1870 ging die städtische Schulbehörde mit dem Gedanken um, 5- und 6-klassige Schulen zu errichten und berief zu diesem Zwecke eine Hauptlehrer-Conferenz, um eine solide, praktische Basis für dieses Project zu gewinnen. Dem, namentlich von dem hiesigen Vereine kath. Lehrer mehrfach an die Behörden gestellten Gesuche um Errichtung einer Besserungsanstalt, konnte bis jetzt noch nicht stattgegeben werden, aber nicht etwa, weil die betreffende Behörde im Princip dagegen sei. 1 oder 2 Schulen zu Besserungsschulen einzurichten, ohne daß sie zugleich Internat resp. Pensionat sei, habe seine großen Bedenken. Einen wirklichen Nutzen kann eine solche Schule nur haben, wenn sie für die Schüler zugleich eine bleibende Erziehungsanstalt ist und dieselben in der Anstalt essen und schlafen. Wenn auch dergleichen Anstalten bereits existiren, wie die in Goldschmiede und bei kath. Orden hierselbst, so können dieselben, trotz ihrem großen bisher gestifteten Nutzen, doch dem Bedürfnisse nicht völlig genügen. Die Errichtung solcher Anstalten erfordert bedeutende Geldmittel, welche der betreffenden Stadtbehörde bisher fehlten. Dieselben fließen ihr jedoch zum Theil jetzt aus einem Legate — dem Willert'schen — und aus eigenen Ersparnissen zu und darum steht die Errichtung einer solchen Besserungsanstalt in der Nähe der Stadt in naher Aussicht. Natürlich kann die Aufnahme der zu bessernden Schüler nicht zwangsweise, sondern nur mit Einwilligung der Eltern resp. des Vaters geschehen, namentlich da dieselben in der Regel zu einer kleinen monatlichen Beisteuer für den Unterhalt ihres Kindes herangezogen werden müssen. Diese Mittheilung von Seiten des Herrn Schulraths wurde von der Versammlung mit großer Befriedigung entgegen genommen. Nachdem der Vorsitzende den Verfassern der Arbeiten, sowie dem Referenten in seinem und im Namen der Versammlung den besten Dank ausgesprochen hatte, verliest derselbe II. seinen Bericht über das hiesige kath. Schulwesen, wie es sich seinen Wahrnehmungen bei Inspicirung der Schulen dargestellt hat. Von diesem gedruckten (Original-) Berichte ist an jede städt. Schule 1 Exemplar gegeben worden, an die Pfarrschulen jedoch keines; aus welchem Grunde diese ausgeschlossen werden, wissen wir nicht. Aber das wissen wir und haben es gehört, daß den Pfarrschullehrern in diesem Berichte volle Anerkennung in Anbetracht ihrer Verhältnisse geworden ist. Die Organisation ihrer Schulen und die meisten ihrer Schullokale konnten nicht gelobt, sondern mußten getadelt werden. Darauf schreitet der Vorsitzende zum III. Punkte der Tagesordnung: den amtlichen Mittheilungen. Er ersucht zunächst, die von ihm erlassenen Currenden pünktlich weiter zu befördern, damit er sie zuletzt immer wieder zu seiner Verfügung in die Hände bekomme. Dann möchten diejenigen, welche Präparanden bilden, sobald wie möglich ihm Mittheilung davon machen. Ferner liegen bei ihm noch mehrere Exemplare von der kleinen Brochüre: Wie hat der Landmann seinen Obstbaum zu behandeln? Wer noch kein Exemplar besitzt, möge sich ein solches bald abholen. — Gesuche und Anträge der Lehrer an die Behörden sollen den vorgeschriebenen Instanzenweg beobachten und nicht durch Umgehung gewisser Zwischenvorgesetzten oder Behörden an die betreffende höhere Behörde gelangen, da das seine Gründe habe. Es folgen dann noch: eine Regierungsverfügung, den Thierschutzverein betreffend; eine Magistratsverfügung, nach welcher die Einholung eines Eheconsenses nicht mehr erforderlich ist; eine Regierungsverf., die Zeitschrift: „Deutsche Jugend" betreffend: eine Magistratsverf., die Rectorenprüfung betreffend. — Darauf ergreift noch einmal Herr Schulr. Thiel das Wort, anlangend das Bestreben der städtischen

Schulbehörde, nach und nach die verschiedenen Unterrichtsgegenstände und Lehrmittel einer zeitgemäßen Reform entgegen zu führen. Daß eine Gleichmäßigkeit und Einheitlichkeit darin zu erstreben ist, wird namentlich dadurch begründet, daß die Schüler wegen Umzug der Eltern die Schule sehr oft wechseln müssen. Bekanntlich hat der Handarbeits-Unterricht schon seit mehreren Jahren durch die Schallenberg'sche Methode eine vollständige Umwandlung und Verbesserung erfahren. Um dann in den Schönschreibeunterricht einheitliche Formen zu bringen, sind soeben „Normal-Alphabete der deutschen Current- und lateinischen Cursivschrift" von Wilh. Melzer, erschienen. — Im Dienste des Lese- und Sprachunterrichts stehen die Lesebücher; die Fibel und das mittlere Lesebuch sind bereits erschienen, das Lesebuch für die Oberklassen ist noch in Arbeit. Die Fibel ist nothwendig, weil sich die frühere auf den Leseunterricht nach Jacotot gründete; die Jacotot'sche Lesemethode muß jedoch aus mehreren triftigen Gründen bei Seite gesetzt werden. Und was das Lesebuch für die Oberklasse anlangt, so müssen Realien, Literatur und Aesthetik in genügender Weise berücksichtigt werden. Da diese Bücher durchaus nichts dogmatisch Anstößiges enthalten dürfen, so werden sie sowohl in den evang., als kathol. städt. Schulen zur Einführung gelangen können. — In den Gesangunterricht wird ein geregelter, stufenmäßiger Gang nach Noten durch die Anleitung von Thoma gebracht werden. — Eine gründliche Reorganisation des Zeichnenunterrichts steht im kommenden Jahre bevor, wie überhaupt der Reformationsgeist alle Fächer des Elementarunterrichts nach und nach ergreifen soll. Die Schulbehörde geht nicht einseitig vor, sondern zieht stets tüchtige und erfahrere Männer aus der Reihe hiesiger Elementarlehrer in Form von Commissionen zu Rathe. Sie sei sich sehr wohl bewußt, daß sie ohne den guten Willen, ohne den Fleiß und die thätige Mitwirkung der Lehrer nichts auszurichten im Stande sei. Sie setzt aber auch voraus, daß die Lehrer ihre Anordnungen mit Vertrauen annehmen und bemüht sein werden, dieselben mit dem redlichsten Willen und mit bester Absicht zum Wohle der Breslauer Jugend auszuführen. Herr Schulr. fordert deshalb recht dringend zu gegenseitiger Unterstützung in dem wichtigen und schwierigen Werke der Jugenderziehung auf. Nach diesem auf die Conferenzmitglieder äußerst günstig wirkenden Vertrage theilte der Vorsitzende folgendes Statistisches über das Bresl. Schulwesen mit.

Der Inspectionsbezirk der katholischen Volksschulen Breslaus umfaßt augenblicklich

1. 18 Elementar-Anstalten städtischen Patronats mit 20 Schulsystemen zu 3—6 Klassen. 3klassig sind nur noch 2 Schulen; zur vollen Entwickelung zu 6 Klassensystemen sind gelangt 2 Schulen; 5klassig sind bereits 6 Schulen; die übrigen sind 4klassig. Die Weiterentwickelung schreitet ruhig und sicher vorwärts. Im Ganzen sind 86 Klassen mit 72 Lehrern und 13 Lehrerinnen; an einer Klasse sind Seminaristen; außerdem 1 Vertretungslehrer. 3 Anstalten stehen unter Rectoren (IV., VIII. und XI.) Daß in dieser Fortentwickelung kein Stillstand eintreten wird, dafür bürgt die Rüstigkgkeit und Strebsamkeit der Lehrer. Schüler sind in Summa 5075, d. h. 2498 Knaben und 2577 Mädchen. Der Handarbeitsunterricht ist in den Händen von 46 Lehrerinnen.
2. 13 Pfarr- oder Klosterschulen mit 15 Schulsystemen, von denen 1 einklassig, 9 zweiklassig, 4 dreiklassig und 1 sechsklassig sind. Im Ganzen sind 37 Klassen, 20 Lehrer, die übrigen (17) sind Lehrerinnen. Diese Schulen haben 2399 Schüler und zwar 1128 Knaben und 1271 Mädchen.

Bei dem erfreulichen Eindrucke, den die Entwickelung des Breslauer Volksschulwesens macht, kann der Vorsitzende nicht umhin, den hohen Behörden, der Königlichen Regierung und dem Magistrate, sowie deren anwesenden Organen, dem Königl. Regierungs- und Schulrath Jüttner und dem städtischen Schulrath Thiel, den wärmsten Dank auszusprechen und die beiden Herren zu bitten, diesen Dank den betreffenden Behörden freundlichst zu übermitteln und fügt den Wunsch hinzu, daß auch recht bald die Pfarrschulen durch Uebernahme von Seiten der städtischen Behörde einer besseren, glücklicheren Zukunft entgegen gehen möchten. Da aber die Conferenz im Auftrage der Königl. Regierung zusammen gekommen, so sei wohl nichts näher liegend, als daß wir wie in allen amtlichen Versammlungen vor allem derjenigen Person gedenken, unter deren Aegide die Schule stehet: unseres erhabenen Kaisers. Darum — ruft der Vorsitzende aus — Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch, hoch und abermals hoch! Und die Versammlung stimmt begeistert ein. — Nach Vorlesung des Protokolls wurde dasselbe von Anwesenden unterschrieben und die Conferenz um ¾ 7 Uhr geschlossen.

—d. **Breslau**, 2. December. [Bezirksverein der Odervorstadt.] Die gestrige Versammlnng leitete der Vorsitzende, Herr Sust, u. A. mit der Mittheilung ein, daß dem Beschluß der letzten Versammlung gemäß der Vorstand das königl. Polizei-Präsidium ersucht habe, den Heu- und Strohmarkt entweder ganz von der bisherigen Stelle — vor dem Hause „zur Sonne" auf der Matthiasstraße — zu verlegen, oder aber denselben in seiner den daselbst zu etablirenden Wochenmarkt störenden Weise eingeschränkt betreiben zu lassen. — Das zweijährige Stiftungsfest des Vereins wird auf Beschluß nächsten Sonnabend, den 5. December, durch Festessen und nachfolgenden Ball im Matthiaspark begangen werden. — Zu Revisoren behufs Prüfung der Jahresrechnung wurden gewählt die Herren: Rehmann, Steffen und [illegible]. Ferner wurde beschlossen, eine kleine Weihnachtsbescheerung für verschämte Arme, welche keine öffentliche Armenunterstützung erhalten, zu veranstalten. Es wurden zu diesem Zweck 20 Thlr. aus der Vereinskasse bewilligt, um damit 10 solcher Armer mit je 2 Thlr. zu unterstützen. Eine Commission wurde damit betraut, die würdigsten und bedürftigsten Personen im Bezirk aufzufinden. Zum Schluß knüpfte der Vorsitzende einige Betrachtungen an die letzten Stadtverordneten-Wahlen und stellte den Antrag: Der Bezirksverein möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Abschrift der jedes Mal ausliegenden Wählerlisten zu den Stadtverordneten-Wahlen dem Bezirksverein auf dessen Kosten zu übermitteln. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

—ch. **Görlitz**, 30. Novbr. [Die Communalstände. — Rheinischer Hof. — Die Tonnenabfuhr.] Die Communalstände der Oberlausitz haben vom 24. bis 28. November hier getagt und trotz lebhafter Debatten, bei denen sich der ehemalige Justizminister Graf zur Lippe besonders hervorgethan hat, in so wenigen Tagen alle Propositionen erledigt, obwohl das Verzeichniß derselben eine stattliche Reihe bildet. Der Landeshauptmann v. Seydewitz und der Landesbestallte v. Götz wurden wiedergewählt, ebenso die Wahlen der Ausschüsse, Directionen, Commissionen und Deputationen vorgenommen. Von besonderer Wichtigkeit war diesmal der Jahresbericht des Landeshauptmanns v. Seydewitz, der über die Gesammtverwaltung der ständischen Vermögens seit Einführung der neuen Grund- und Gebäudesteuer eine Uebersicht gewährt, der allerdings große Befriedigung bei den Herren Ständen zu erwecken geeignet ist. Bis zum Ablauf des Jahres 1864 hatten die in der Landesmitleidenheit der Oberlausitz an Staatsgrundsteuer 42,224 Thlr. (für Landesbedürfnisse 33,763 Thlr.) und an Gebäudesteuer von Görlitz und Lauban 18,652 Thlr. — zusammen 60,876 Thlr. für den Staatsfiscus zu erheben. Mit dem 1. Januar 1865 änderte sich das, die Landesmitleidenheit erhielt von dem Fiscus 92,956 Thlr. für die Landesmitleidenheit und 30,882 Thlr. in der Stadtmitleidenheit an Grund und Gebäudesteuer, zusammen also 62,061 Thlr. Diese Summe wurde festgesetzt und also beträgt jetzt die Landesmitleidenheit 96,770 Thlr., die Stadtmitleidenheit 51,904 Thlr. aufzubringen, also 148,674 Thlr., d. h. nahezu das 2½fache der früheren Summe. Von vornherein mußten aber [illegible] 1864 an der Tilgung und Verzinsung der Landesschulden, die 1864 [illegible] Thlr. betrugen, [illegible] 237,636 Thlr. herabgemindert [illegible] Verwendungen bestimmt werden. [illegible] wurde ein Zuschlag von 10% zur Grund- und Gebäudesteuer im Gesammtbetrag von 9362 Thlr. erhoben, der aber schon 1869 auf 5% herabgesetzt werden konnte, da die communalständische Bank, als die Entschädigung für den Ständen entgangenen Steuerbetrag angestellt gewesen war, erhebliche Ueberschüsse lieferte. In Folge dessen soll mit 1874 beginnende Etatsperiode jener Zuschlag in Wegfall kommen und nur der Ertrag der Bank wurde zur Deckung genannter Beiträge erhoben. Aus den Erträgen der im 1866 eröffneten Bank, die jährlich über 600,000 Thlr. betragen, ist [illegible] zur Verzinsung und Tilgung des Stammcapitals von 1½ Mill. Thlr., die Verwaltungskosten und das Bedürfniß des ständischen Haushalts bestritten, außerdem der seitens der Landsteuerkasse für die Zwecke der Bank, theils [illegible] Bedürfnisse während der Zeit, wo die Bank noch nicht [illegible] Ueberschüsse ablieferte, gewährten Vorschuß erstattet [illegible]. Der Reservefonds [illegible] 60,600 Thlr. gegen [illegible] 82,600 [illegible] Gesammtumsatz der Bank [illegible] im Vorjahr betragen. Der Kassenumsatz erreichte die Höhe von 5,723,700 Thlr., die discontirten Wechsel betrugen 14,675,000, die übernommenen und angekauften Effecten 521,000 die veräußerten Effecten 220,700 Thlr. Der Bestand der Depositen war seit einem Jahre von 697,600 Thlr. auf 1,178,000 Thlr. gestiegen, [illegible] von 110,000 Thlr. auf [illegible] Thlr., und im Effectenconto in neuem Monaten ein Umsatz von 8,099,000 Thlr. gemacht. Die Activen der Bank betrugen 5,138,000 Thlr., die Passiven 5,008,000 Thlr., so daß an Mehractiven 130,000 vorhanden waren. Gleich günstig lautet der Bericht über die Landsteuerkassenverwaltung, die 1873 neben 1398 Thlr. Mindereinnahmen 18,207 Thlr. Mehreinnahmen gehabt hat und trotz der Mehrausgaben von 10,335 Thlr. einen Einnahmeüberschuß von 6473 Thlr. aufzuweisen hat, so daß der aus den Ueberschüssen gebildete Reservefonds einen Zuwachs erhalten hat. Aus dem letzteren, der Ende 1863 67,500 Thlr. betrug, sind für gemeinnützige Zwecke 15,800 Thlr. verwendet. Die Landesschulden haben sich in den 10 Jahren um 54,773 Thlr. vermindert, und betrugen Ende 1873 nur noch 237,600 Thlr. Der Zinsfuß der Schulden, welcher in Maximum 4,28% betrug ist im Sinken begriffen. Die Special-Schuldentilgungsfonds A, B, C, D I. II. III. und E. sind theilweise geschlossen, theils ist die Amortisation vorgeschritten. Die Sparkasse endlich, welche jetzt 23 Nebensparkassen hat, besitzt ein Vermögen von nahezu 4,000,000 Thlr. gegen 1,817,000 Thlr. im Jahre 1864 und einen Reservefonds von 173,000 Thlr. gegen 121,000 i. J. 1864. Dabei sind in den Jahren 1867—70 durch Umtausch der Sparkassenbücher gegen ständische Obligationen große Summen der Sparkasse entzogen. Das Steigen der Einlagen bei sinkendem Zinsfuß hat zu dem Beschlusse geführt, 4½%ige Einlagen nicht mehr anzunehmen. Auch die Hilfskasse, deren Stammcapital bis auf 27,500 Thlr. angewachsen ist, hat ihre Aufgabe in erwünschter Weise gelöst; die mit ihr verbundenen Fonds für ambulante Krankenpflege und Dienstbotenhospitalfonds haben sich vermehrt. Auch die Centrallandschaft der Ober- und Niederlausitz hat gute Erfolge aufzuweisen. Die Landarmenkosten sind in Folge des Steigens der Lebensmittelpreise auch gestiegen, wogegen sich in Folge der neuen Strafgesetzgebung die Kosten des Corrigendenwesens vermindert haben. Erstere betrugen 1873: 3572 Thlr. oder pro Kopf 40 Thlr., die Correctionskosten nur 460 Thlr. gegen 2566 Thlr. im Jahre 1866. Die Berichte über das ständische Waisenhaus zu Reichenbach, des Seminar zu Reichenbach, die Pensionskasse für evangelische Geistliche, den Schulfonds, lauten gleichfalls günstig. Einen bedeutenden Aufschwung hat die Feuerversicherungs-Societät genommen, die Ende 1873 einen Bestand von 11,276,000 Thlr. an Immobiliarversicherungen und 2,307,000 Thlr. an Mobiliarversicherungen hatte und deren Wirkungskreis noch ausgedehnt werden soll. Solche Resultate der ständischen Verwaltung berechtigten den Landeshauptmann v. Seydewitz, dessen Umsicht und Thätigkeit sie zum guten Theil zu verdanken sind, mit Stolz auf sie hinzuweisen und den Wunsch auszusprechen, daß es gelingen möge, bei den bevorstehenden Aenderungen in den Provinzen die landesherrlich gewährleistete und auf Vertrag beruhende Selbstständigkeit der Oberlausitz zu sichern. Der Communallandtag hat den Landeshauptmann beauftragt, die nothwendigen Schritte zur Erreichung dieses Ziels zu thun und zugleich Annexionsgelüste kundzugeben, indem er beschlossen hat, die Zuschlagung der im Bunzlauer, Saganer und Sorauer Kreise belegenen Orte zu einem Oberlausitzer Kreise zu beantragen. Von den sonstigen Beschlüssen ist die Erweiterung der Zahl der lombardfähigen Eisenbahnactien und Obligationen bei der Sparkasse von allgemeinem Interesse; ferner die Bewilligung von 200 Thlr. für eine in Görlitz zu begründende landwirthschaftliche Versuchsstation, von 300 Thlr. für die Laubaner Thierschau, sowie zahlreicher größerer und kleinerer Summen für Waisenhäuser, Rettungshäuser, Vereine ꝛc. Die für das Provinzialmuseum in Breslau bewilligte Summe von 8000 Thlr. soll vorläufig aus dem Reservefonds vorgeschossen werden. Zum Schluß ist zu erwähnen, daß der Landtag seine allen ständischen Beamten ausgesprochene Anerkennung durch Theuerungszulagen bethätigte. — Mit dem heutigen Tage tritt der langjährige Wirth des von ihm gegründeten Rheinischen Hofs, der „Vater Jacob", dessen treffliche Rheinweine bei vielen Reisenden verdiente Würdigung erfahren haben, von der Leitung seines Gasthofs zurück. Ein früherer Mundkoch des Kronprinzen, Fr. Mäder aus Berlin, hat den Gasthof käuflich erworben. — Die Tonnenabfuhr wird von morgen an von den Unternehmern der neu zu errichtenden Dünger-Anstalt, den Fabrikbesitzern Schuster und Wilhelmy übernommen, zunächst noch gegen Entgelt, von dem Zeitpunkte an, wo die Zahl der abzufahrenden Tonnen 500 beträgt, unentgeltlich. Daß die von ihnen nachgesuchte Concession zur Anlegung der Fabrik auf dem ihnen von der Stadt überwiesenen Grundstücke auf der Rothenburger Straße ertheilt werden wird, unterliegt wohl kaum einem Zweifel, obwohl außer einem Fabrikbesitzer, der sich wahrscheinlich für seine Stärkesyrupodeurs keine Concurrenz aufkommen lassen will, auch der Director der Königl. Strafanstalt Verwahrung eingelegt haben soll. Das von den Herren Schuster und Wilhelmy angewendete Verfahren, das in Gratz erprobt ist, soll die Fabrikation nahezu geruchlos vor sich gehen lassen.

—r. **Namslau**, 2. December. [Kreistags-Beschlüsse.] In der gestern abgehaltenen Sitzung des Kreistages lag zuerst der Antrag der Kreiskrankenhaus-Commission, betreffend die Herstellung eines neuen Kreiskrankenhauses, sowie die Bewilligung der hierzu erforderlichen Geldmittel zur Beschlußfassung vor. Nach den vorgelegten Zeichnungen und Kosten-Anschlägen würde der Neubau eines Kreiskrankenhauses auf 5- bis 6000 Thlr. zu stehen kommen und es haben durch die Commission unter Mitwirkung des Herrn Landraths Salice Contessa über den Bauplatz des neuen Kreiskrankenhauses bereits Erhebungen stattgefunden. Auf Grund derselben befürwortet die Commission den Ankauf des dem Stellenbesitzer Wünschig in der hiesigen polnischen Vorstadt gehörigen, hinter dem sogenannten Walkerteiche links an der nach Brieg führenden Chaussee gelegenen Ackerstückes von 2 Morgen, welches 300 Thaler kosten soll und welches sich bezüglich seiner Lage hierzu ganz besonders empfehle. Nachdem noch seitens des Herrn Bürgermeisters Berger als Vertreter der Stadt-Commune Namslau die Erklärung abgegeben worden war, daß Letztere sich an dem Neubau eines Kreiskrankenhauses betheiligen, zu demselben und zu seiner Unterhaltung aber nicht, wie bisher ½, sondern nur höchstens ⅓ beitragen wolle und die Versammlung diese Abänderung des bisherigen Beitrags-Verhältnisses als in den Grenzen der Billigkeit liegend, gefunden, sprach sich der Kreistag für den Verkauf des alten und den Bau eines neuen Kreiskrankenhauses aus und beauftragte die hierfür bereits gewählte Commission bestehend aus den Herren Major von Busse-Polnisch-Marchwitz, Major Freiherr von Stosch-Lanken, Bürgermeister Berger und Beigeordneter Apotheker Wilde-Namslau und Freigutsbesitzer Langner-Deutschmarchwitz mit der ferneren Bearbeitung und Förderung dieser Angelegenheit. — Auf den Antrag der Standesbeamten beschloß ferner der Kreistag, die Kosten für die ersten Anschaffungen der nothwendigen Inventarien-Gegenstände und Formulare, jedoch excl. derjenigen der Standesbeamten der Stadt Namslau, in ungefährer Höhe von 320 Thlr. auf die Kreis-Communalkasse zu übernehmen und diese Kosten nach der Seelenzahl vom Kreise aufbringen zu lassen. — Der Kreistag stimmte endlich für die höheren Orts zu bewirkende Befürwortung des Antrages des Vorwerksbesitzers Wilhelm Skupin in Ellguth auf Erhebung seines Gutes, des früheren städtischen Vorwerkes, zu einem selbständigen Gutsbezirk.

Brieg, 30. Novbr. [Kreistags-Sitzung.] Der vierte diesjährige Kreistag wurde heute Nachmittag im hiesigen Stadtverordneten-Saale unter Vorsitz des Landrath v. Reuß abgehalten. Wäre nicht Kreisrechnung und Kreishaushaltsentwurf vorberathenden Commissionen überwiesen worden, so wäre eine Erschöpfung der Tagesordnung wohl nicht möglich gewesen. Die Wahl eines zweiten Kreisdeputirten und gleichzeitig des für den weggezogenen Bürgermeister von Brieg neu zu bestimmenden Kreisausschuß-Mitgliedes wurde in Rücksicht auf die, von den Stadtbehörden Briegs noch nicht wieder vorgenommene und bis zur Wiederbesetzung des Bürgermeisteramts zu vertagende Ernennung des 8. Vertreters der Stadt Brieg auf dem Kreistage gleichfalls vertagt. Dagegen wurde eine zweite Neuwahl in den Kreisausschuß vollzogen, an Stelle von Brauereidirector Nitschke aus Koppen, welcher seine Stelle wegen geschäftlicher Ueberhäufungen niedergelegt hatte und dessen beabsichtigte Wiederwahl gegen eine Neuwahl (Graf Pfeil-Kreisewitz) in Minderheit blieb. In die Einkommensteuer-Einschätzungs-Commission wurden wiedergewählt: Stadtrath und Syndicus Groß, Stadtrath Wechmann, Apotheker Werner, Pastor Freyschmidt aus Jägerndorf, Gutsbesitzer Winkler-Schönfeld, Scholtiseibesitzer Gottsche in Hermsdorf, und als Stellvertreter: Gutsbesitzer v. Löbbecke, Holzkaufmann Robert Beyer. Bezüglich der Neuwahlen in die Commission zur Begutachtung der Klassensteuer-Reclamation wurde Antrag auf Regierungs-Genehmigung zur Vermehrung der Mitgliedschaft dieser Commission von 3 auf 5 beschlossen. Gewählt wurden: Stadtrath Jander-Brieg, Bürgermeister Kriehle-Löwen, Scholtiseibesitzer Müller-Döbern und zur Vermehrung: Apotheker Werner-Brieg, Gutsbesitzer Zimmermann-Jägerndorf. Als Stellvertreter: Gutsbesitzer Neumann-Rothhaus, Stadtrath Armcke-Brieg und Scholtiseibesitzer Raabe-Zindel. In die Militärersatz-Commission wurde Landwehrhauptmann Brieger aus Schüsselndorf an Stelle des niederlegenden Grafen Pfeil gewählt. — Zur Feststellung des Maßstabes für die Vertheilung der Kreisabgaben wünschte der Kreisausschuß eine Vorberathungscommission von 12 Mitgliedern und sich selbst dabei in corpore vertreten. Aber nicht nur letzteres, sondern die ganze Wahl einer solchen Commission wurde abgelehnt und der Kreisausschuß ersucht, doch vorher einen völlig ausgearbeiteten Feststellungsplan einzubringen und dann erst zu gewärtigen, ob Kreistag denselben noch erst in eine Commissions-Vorberathung zurückweist. Während für 1875 keinerlei Kreisbeiträge erhoben sind, hält die Kreisverwaltung solche für 1875 für wahrscheinlich, vermuthlich zu Chaussee-Bauten, welche sie beantragt hatte, als ein den Kreis nach Art der schönen französischen Vicinalwege zu überspannendes Netz, welche aber keinen rechten Anklang zu finden scheinen und in einer zu den umfassenden Vorberathungen gewählten Zwölfercommission zunächst wohl ein wenig aufgehoben sein dürften. — Die weitere Behandlung der Einziehung der rückständigen Darlehne aus dem dem Kreise überwiesenen Retablissementsfond (7791 Thlr betragend) wurde ebenfalls nicht nach dem Antrage des Kreisausschusses erledigt, vielmehr beschloß man nach längerer Verhandlung, in welcher das Streben nach mildester Behandlung der als Schuldner dem Kreise überwiesenen Reservisten und Landwehrmänner hervortrat, dem Kreisausschuß zwar Vollmacht zu ertheilen, zu fortgesetzten Maßnahmen hinsichtlich Eintreibung von Capital und Zinsen, dem Kreistage jedoch etwaiges Vorgehen im Klagewege vorzubehalten. — Zur Vorberathung und Berichterstattung über den Kreishaushaltsetat-Entwurf (mitgetheilt in Nr. 558 der Bresl. Ztg.) wurde eine Zehner-Commission gewählt, für deren Berichterstattung wohl noch in diesem Jahre oder bald nach Anfang des folgenden eine Kreistagssitzung wird stattfinden müssen, um ein regelmäßiges Wirthschaftsjahr zu gewinnen. Einen vorwiegend auf die Rechnungsergebnisse sich stützenden Bericht über die Verwaltung und den Stand der Kreis-Communalangelegenheiten las der Landrath vor; es ging daraus hervor, daß sämmtliche 20 Amtsvorsteher ihre Stellung als Ehrenpflicht auffassen und daß demnach die Kosten für die Amtsbezirks-Verwaltungen geringe sind. In Anlaß dieses Berichts wurde von Dr. Basset ein Antrag eingebracht und zahlreich unterstützt, dahin gehend: daß die Ausarbeitung einer Orts- und Heimathskunde für den Kreis Brieg, einer Art Kreishandbuch, in vorbereitende Erwägung genommen werde, da eine solche Druckschrift über das auf ganz neue Grundlagen gestellte Gemeinwesen des Kreises, dessen topographische, statistische, historische und sonst in Betracht kommende Verhältnisse in einem kleinen Handbuch zusammengefaßt und übersichtlich geordnet, zugleich mit einer genauen Kreiskarte versehen und auf in bestimmten Zeitfristen zu liefernde Nachträge, Ergänzungen und Erweiterungen berechnet, der jungen Selbstverwaltung und der Erweckung des Gemeinsinns überhaupt als ein förderliches, kaum zu entbehrendes Hülfsmittel dienen würden.

tz. **Brieg**, 2. Decbr. [Gewerbeverein. — Geselliges.] In der letzten Sitzung des Gewerbevereins theilte der Vorsitzende Herr Director Nöggerath mit, das die Unterhandlungen mit dem Physiker Professer W. Finn zu der Zusage desselben geführt haben, Ende Januar oder Anfang Februar hier die 3 gewünschten Vorträge mit Experimenten zu halten. Das Stiftungsfest des Vereins soll, da der Schauspielhaussaal schon für alle Sonnabende bis in den Februar hinein an verschiedene Gesellschaften vergeben ist, Montag den 18. Januar k. J. stattfinden. Der Fragekasten enthielt reichliches Material. Einen längeren Vortrag machte besonders die Frage nöthig, welche die Erklärung des Zweckes der Beobachtung des Venusdurchganges wünschte. Herr Chemiker Dr. Lampert empfahl auf Grund angestellter Versuche und Analysen die neuerdings in den Handel gekommenen Putzlappen für alle Arten Metallwaaren, während er die verschiedenen angepriesenen Waschpulver verwarf, weil ihr Werth nur in dem Sodagehalt beruhe, der dafür geforderte Preis aber gewöhnlich ein vierfach zu hoher sei. Zum Schluß hielt Herr Rector Löber einen längeren äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag über: Entstehung Polens und seiner Macht. — Nachdem das Schauspielhaus mit Concertsaal wieder seiner Bestimmung übergeben ist, wird sich in demselben bald wieder alles gesellige Leben während der Wintermonate concentriren. So lange in Folge der sich verzögernden Verpachtung der Restaurations-Lokale das Haus noch keinen eigenen Restaurateur hat, haben die meisten Gesellschaften die Bewirthung Frau Restaurateur Flögel übertragen, welche sich beim Stiftungsfest des Männergesangvereins in jeder Beziehung die vollste Zufriedenheit erworben hat.

C. **Gleiwitz**, 1. Dec. [Communales.] Wie wir vernehmen, ist unser Bürgermeister, Herr Teuchert, auf seinen Antrag pensionirt worden, weil seine angegriffene Gesundheit es ihm nicht mehr erlaube, seinen Platz so wie früher auszufüllen. Der Dank unserer Mitbürger wird dem würdigen Manne nicht fehlen, und jedenfalls wird man seiner noch lange mit Wärme gedenken. Herr Bürgermeister Teuchert hat in unserer Stadt 20 Jahre lang die oberste Leitung in den Händen gehabt und seine Privatinteressen stets dem Wohle der Stadt untergeordnet und es besonders verstanden, dem schwer zu lenkenden oberschlesischen Volke mit Kraft und Milde gegenüber zu treten. Ein geeigneter Ersatz wird sich wohl schwer finden lassen, da unsere Stadt nicht die Mittel besitzt, unter den jetzigen Verhältnissen einen Mann zu fesseln, der in der Verwaltung schon hinreichende Uebung hat, bloße juristische Kenntnisse aber nicht ausreichen, für den hiesigen Bürgermeisterposten geeignet zu machen. Wie wir hören, soll der Wechsel schon zum 1. Januar bevorstehen, und es ist noch nicht entschieden, ob die Stelle ausgeschrieben oder aus freier Hand besetzt wird.

⚒ **Gleiwitz**, 2. December. [Bohrungen.] Durch die Brzezinkaer Bohrungen des Geheimrath Grundmann erscheint die Fortsetzung des Zabrzer mächtigen Flötzzuges bis 1 Meile nordwestlich Gleiwitz nachgewiesen. In 220 Meter Tiefe wurde das 7,5 Meter mächtige Schuckmannflötz und in 307 Meter Tiefe das 12 Meter mächtige, in 2 Bänken austretende Pochammerflötz in vorzüglicher Coakfähigkeit erreicht; außerdem wurden noch Flötze geringerer Mächtigkeit erbohrt. — Die Klausa-Suermondt'schen Bohrlöcher bei Petersdorf bewegen sich noch in geringeren Tiefen und haben erst bei weiterer Fortsetzung oder auf neubelegten Bohrpunkten den Nachweis der mächtigen Zabrzer Flötze zu erwarten. Bis jetzt wurden in Tiefen von nur 78—170 Metern 7 Flötze von 1,6 Meter, 0,5 Meter, 1,6 Meter, 1,4 Meter, 2,9 Meter, 0,8 Meter und 3 Meter Mächtigkeit erreicht, deren Bohrproben sämmtlich Backfähigkeit zeigten.

Berlin, 2. Decbr. Die Tendenz der Börse ist im Allgemeinen fest zu nennen und selbst in den Umsätzen zeigte sich gewissermaßen eine recht erfreuliche Besserung. Natürlich blieb auch heute noch der Verkehr in sehr engen Grenzen und war weniger an der Zunahme der Transactionen, als an der Leichtigkeit, mit welcher dieselben sich vollzogen, die Besserung bemerkbar. Die Festigkeit umfaßte alle Gebiete gleichmäßig und es machten eigentlich nur Dortmunder Union-Actien in dieser Beziehung eine Ausnahme. Sachliche Gründe für die Mattheit dieses Effectes lassen sich nicht aufzählen, man wollte dieselbe auf umfangreichere Abgaben erster Häuser zurückführen. Durch den Rückgang der Dortmunder Union wurden aber im weiteren Verlaufe des Geschäftes auch Disconto-Commandit-Antheile influirt und ließ die anfängliche Festigkeit für dieses Papier ebenfalls bald nach, die Umsätze in demselben waren aber nur höchst geringfügtg. Die Erschlaffung der genannten Speculationswerthe, die für heute tonangebend waren, blieb nun aber nicht ohne Einfluß auf die gesammte Haltung der Börse und der Schluß des Geschäftes war wieder der Schwäche verfallen. Von den internationalen Speculationspapieren waren Oesterr. Creditactien recht fest und trugen eine Courserhöhung von circa 1 Thlr. davon. Auch Oesterreichische Staatsbahn behaupteten sich in guter Festigkeit, blieb aber fast geschäftslos. Lombarden waren fast stärker angeboten und gingen in Folge dessen bei weichenden Coursen ziemlich lebhaft um. Disconto-Commandit notiren 178, ultimo 178¼—½—7⅝, Dortmunder Union 29¾, ultimo 31¼—28½—9, Laurahütte sehr schwach und nachgebend, 134¾, ult. 134¾—35—4¾. Die Oesterr. Nebenbahnen konnten sich einer vermehrten Aufmerksamkeit erfreuen und ließen weniger wie bisher Regsamkeit vermissen. Nur Galizier waren matt. Oesterr. Nordwestbahn zeigte sich recht fest und Kaschau-Oderberger zogen im Course an. Auch sämmtliche auswärtige Staatsanleihen waren besser, Oesterr. Renten, Silber- sowohl wie Papierrente, wurden ziemlich lebhaft zu höherem Course gehandelt, 1860er Loose wären begehrt und steigend, auch Italiener und Türken zogen etwas an. Amerikaner blieben bei sehr ruhigem Geschäft meist unverändert. Russische Werthe waren sehr still, nur Prämienanleihen gingen etwas reger um. Preußische und andere deutsche Staatspapiere traten bei fester Haltung in sehr geringen Verkehr. Preuß. Prioritäten waren matt und still, 5% Rheinische de 1874 103 Brief, aber recht belebt; auswärtige Prioritäten eher fest. Für russ. Dev. scheint einige Vorliebe wieder wach zu werden; beliebt waren Charkow-Azow. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte keine einheitliche Stimmung. Die rheinisch-westfälischen Speculationsactien ließen zwar gegen den Schluß etwas nach, trugen aber doch gegen gestern eine kleine Coursavance davon, dagegen waren Halberstädter, Potsdamer und selbst Hamburger weichend. Rumänen lebhaft steigend, Brest-Grajewo sehr rege zu besseren Coursen, auch Nahebahn und Ostpreußische Südbahn behauptet. Schweizer Westbahn belebt, aber niedriger, Bankactien im Ganzen ruhig. Centralbank für Industrie und Handel und Preuß. Bodencredit sehr fest und höher. Bauten behauptet. Süddeutscher Bodencredit und Danziger Bankverein beliebt. Wrede rege, Hübner lebhaft. Allgemeine Bau- und Handelsbank steigend. Berliner Handelsges. und Prod.- und Handelsbank beachtet. Deutsche National-Bank und Hannov. Bank nachgebend. Industriepapiere meist geschäftslos, Tivoli-Brauerei beliebt, Westend weichend, deutscher Eisenbahnbau besser, Baltischer Lloyd steigend, Breslauer Oel, Centralfactorei behauptet, ebenso Westfälische Draht, Leopoldshall nachgebend, Phönix zu gestrigem Course offerirt, Hochdahl und Victoriahütte recht fest, Arenberger und Massener höher, Bochumer, König

Wilhelm, Tarnowitzer und Hibernia dagegen niedriger. Um 2½ Uhr: Credit 138⅝, Franz. 184¼, Lombarden 137⅛, Disc.-Comm. 177½, Dortm. Union 29, Laurahütte 134½. (Bank- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 2. December 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	8 T.	3½	144⅛ bz
do. do.	2 M.	3½	143⅜ bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4½	56.20 G
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99¾ G
London 1 Lst.	3 M.	6	6.22⅝ bz
Paris 300 Frcs.	8 T.	4	81 7/12 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	93⅜ bz
Warschau 90 SR.	8 T.	5½	94 9/16 bz
Wien 150 Fl.	8 T.	4½	91⅝ bz
do. do.	2 M.	4½	90 15/16 bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	— —
do. consolid.	4½	105⅜ bz
do. 4%ige.	4	100 etbzB
Staats-Schuldscheine	3½	91⅜ bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129¾ bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102¾ bzB
Pfandbr. Berliner	4½	100½ B
Pfandbr. Pommersche	3½	87 G
Pfandbr. Posensche	4	95⅝ bz
Pfandbr. Schlesische	3½	85¾ G
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	97⅞ bz
Rentenbriefe Pommersche	4	97½ bz
Rentenbriefe Posensche	4	97¾ bzB
Rentenbriefe Preussische	4	98 B
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98⅝ bz
Rentenbriefe Sächsische	4	98⅜ bzB
Rentenbriefe Schlesische	4	97⅝ bzB
Badische Präm.-Anl.		116¾ G
Baierische 4% Anleihe		117¾ G
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	103 bz

Kurh. 40 Thlr.-Loose 75¾ G
Badische 35 Fl.-Loose 40¾ G
Braunschw. Präm.-Anleihe 23 15/16 bz
Oldenburger Loose 41 5/16 bzG

Louisd. 110⅛ G 11⅞ G	Fremd. Bkn. 99⅘ bz
Ducaten 3.6⅛ G	Oest. Bkn. 91 13/16 bz
Sover. 6.24¾ G	do. Silbrgld. 96¼ G
Napoleons 5.13⅛ bG	do. ¼-Guld. 96 G
Imperials — —	Russ. Bkn. 94 11/16 bz
Dollars 1.11⅞ G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	100 1/16 bzG
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B.	4½	100½ bz
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	95¾ G
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100⅛ bz
Unkünd. do. (1872)	5	102½ G
do. rückbz. à 110	5	106½ bz
do. do. do.	4½	99½ bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B.	5	102½ bzG
do. III. Em. do.	5	101 bzG
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	99½ G
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	101½ bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	102¾ bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106¾ bz
do. do. II. Em.	5	104½ bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	101¼ bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	93½ bz
Meininger Präm.-Pfd.	4	101¾ B
Oest. Silberpfandbr.	5½	72¼ bzB
do. Hyp. Crd. Pfndbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	87¾ G
Schles. Bodencr. Pfndbr.	5	100½ bz
do. do.	4½	94¾ G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102¾ G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	68⅛ bzG
do. Papierrente	4⅕	63⅝ bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	107⅝ bzG
do. Lott.-Anl. v. 60	5	107¼-½ bz
do. Credit-Loose	—	113½ bz
do. 64er Loose	—	96¾ bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	161 bz
do. do. 1866	5	156¼ bz
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	89⅜ bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	86⅛ bzG
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	82 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	69⅜ b [97¾ b
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97¾ bG Dz. [N.
do. do. p. 1885	6	102 bzB
do. 5% Anleihe	5	99⅛ B
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	66¾ ⅞ bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	98¾ bzB
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	82 bzG
Rumänische Anleihe	8	103¾ B
Türkische Anleihe	5	43⅝ bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	74⅝ bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 12 3/16 bzB
Türken Loose 122½ bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84¾ G
do. do. VI.	4½	99⅝ bzG
do. Hess. Nordbahn	5	102¾ B
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	97¾ bzG
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	99¼ bz
do. do. G.	4½	99¼ bz
do. do. H.	4½	99¼ bz
Cöln-Minden III.	4	93 G
do. do.	4½	100⅝ bzG
do. IV.	4	94 G
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	99 B
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96½ G
do. do. II. Ser.	4	94½ G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97 B
do. do. III. Ser.	4	96½ G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	93 G
do. D.	4	93¼ B
do. E.	3½	85 bz
do. F.	4½	100½ G
do. G.	4½	100 B
do. H.	4½	100¾ bz
do.	5	103½ G
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	99¾ B
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	93¾ G
do. do.	5	103¼ G
do. Stargard-Posen.	4	— —
do. do. II. Em.	4½	100⅛ bzG
do. do. III. Em.	4½	100⅛ bzG
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	79½ G
Ostpreuss. Südbahn	5	104 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
Schlesw. Eisenbahn	4½	99 G
Chemnitz-Komotau	5	57¼ G
Dux-Bodenbach	5	81½ G
do. II. Emission	5	71 etbzB
Prag-Dux	fr.	34½ G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	94⅛ bzG
do. do. neue	5	92½ G
Kaschau-Oderberg	5	77½ bzG
Ung. Nordostbahn	5	65¼ bz
Ung. Ostbahn	5	62 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	70¼ B
do. do. II.	5	77 bzB
do. do. III.	5	72⅜ bzB
Mährische Grenzbahn	5	71¼ bzB
Mähr-Schl. Centralbahn	fr.	28 B
do. neue	fr.	34 G
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	85½ bzG
Oesterr.-Französische	3	317 bz
do. do. neue	3	307½ G
do. südl. Staatsbahn	3	248¾ bzG
do. neue	3	248¾ etbzG
do. Obligationen	5	86¾ bzB
Warschau-Wien II.	5	98¾ bz
do. III.	5	98¼ bz
do. IV.	5	96⅛ etbzG

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinzfuss 7 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1872	1873	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	1¼	4	28⅞ bzB
Berg.-Märkische	6	3	4	83⅞ bz
Berlin-Anhalt	17	16	4	140 bzG
do. Dresden	5	5	5	60⅛ bz
Berlin-Görlitz	3½	3	4	77 bzB
Berlin-Hamburg	12	10	4	192 bzB
Berl. Nordbahn	5	5	4	16⅛ bz
Berl.-Postd.-Magd.	8	4	4	92 bz
Berlin-Stettin	12¾	10¾	4	144 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	88½ bzB
Breslau-Freib.	7½	8	4	103⅜ bz
do. neue	5	5	5	98 bzG
Cöln-Minden	9 7/20	8 1/12	4	128⅝-⅜ bz
do. neue	5	5	5	106⅝ bz
Cuxhav. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach B	5	0	4	31 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	8⅔	4	107¼-6¾ bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	28 bz
Hannover-Altenb.	5	0	4	22 bzG
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	60 bzG
Kronpr. Rudolphb.	5	5	5	66 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	11	9	4	183¼ bz
Märk.-Posener	0	0	4	28 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	6	4	97½ bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	248½ bzG
do. Lit. B.	4	4	4	92⅝ bz
Mainz-Ludwigsh.	11 6/10	9	4	132⅝ bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98½ bzB
Oberschl. A. C. D.	13⅔	13⅔	3½	163 bzG
do. B.	13⅔	13⅔	3½	149 B
do. neue	—	—	5	153⅜ bz
Oester.-Fr.-St.-B.	10	10	4	184¾-¼ bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	84½ G
Oester. südl. St.-B.	4	3	4	78½-7½ bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	39 bzG
Rechte O.-U.-Bahn	6	6⅓	4	116¾ bz
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	66¾ B
Rheinische	9⅖	9	4	136⅝-⅛ bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	19 bzG
Rumän. Eisenbahn	3⅗	5	4	33½-½ bz
Schweiz Westbahn	1⅗	1⅗	4	20 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100¾ G
Thüringer	9	7¼	4	119 bzG
Warschau-Wien	10	11	4	89⅝ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	100½ bz
Berlin. Nordbahn	5	5	5	24½ bz
Breslau Warschau	0	0	5	38 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	50½ bzG
Hannover-Altenb.	5	0	5	42 bz
Kohlfurt-Falkenb.	5	5	5	55¾ bzG
Märkisch-Posener	0	0	5	61½ bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	73¼ bzG
do. Lit. C.	5	5	5	101¼ bzB
Ostpr. Südbahn	0	0	5	76½ bzG
Pomm. Centralb.	5	0	fr.	11½ G
Rechte O.-U.-Bahn	6	6⅓	4	116 bzG
Rum. (40% Einz.)	—	8	8	87 bzG
Saal-Bahn	5	5	5	43 B

Bank-Papiere.

AngloDeutsche Bk	7½	0	4	47 bz
Allg. Deut. Hand.-G	9¼	0	4	10 G
Berl. Bankverein	18	5½	4	84½ G
Berl. Kassen-Ver.	29 3/10	29	4	294¾ G
Berl. Handels-Ges.	12½	6½	4	121¾ bzG
Berl. Prod.-Makl. B	8½	12¾	4	61 bz
do. Prod.-u. Hdls. B.	2,07	3⅔	4	88½ bzG
Braunschw. Bank	8⅔	9	4	117½ G
Bresl. Disc.-Bank	10	2½	4	88⅛ bz
do. Hand. u.-Entrp.	9	5	4	69½ B
Bresl. Maklerbank	30	0	4	75 bz
Bresl. Mkl.-Ver.-B.	7	5	4	87¾ B
Br. Pr.-Wechsl.-B.	12	0	4	69 G
Bresl. Wechslerb.	12	0	4	77½ bz
Centralb. f. Ind. u. Hand.	10	4	4	77 bzG
Coburg. Cred.-Bk.	7¼	4	4	83½ bzG
Danziger Priv.-Bk.	7	7¾	4	118 B
Darmst. Creditbk.	15	10	4	154⅜ bz
Darmst. Zettelbk.	7	7 3/10	4	106 B
Deutsche Bank	8	4	4	88¾ bzB
do. Hyp.-B. Berlin	6	5	4	90⅝ bz
Deutsche Unionsb.	9½	1	4	79 bzG
Disc.-Com.-A.	27	14	4	178 bzG
Genossensch.-Bk.	10⅔	3	4	103 G
do. junge	—	3	4	102 G
Gwb. Schuster u. C.	10	0	4	71 G
Goth. Grundcred. B	9½	8	4	111½ G
Hamb. Vereins-B.	13¾	10 5/9	4	124¼ bz
Hannov. Bank	6⅗	7⅗	4	107⅞ bzB
do. Disc.-Bk.	5	0	4	75 bzB
Hessische Bank	6⅔	0	4	58 etbzG
Königsb. do.	8	0	4	80 G
Ludw. B. Kwilecki	6	0	4	59 G
Leip. Cred.-Anst.	15	9¾	4	157 bz
Luxemburg. Bank	12	8½	4	115 B
Magdeburger do.	5¾	6 3/10	4	110 B
Meininger do.	12	5	4	97⅛ etbzG
Moldauer Lds.-Bk.	4	5	4	50 B
Nordd. Bank	13⅗	10⅘	4	147¼ etbzG
Nordd. Grundcr. B.	13¾	7¼	4	103 bzG
Oberlausitzer Bk.	8 3/10	0	4	69 bzG
Oest. Cred.-Actien	18¾	5⅝	4	139½-8¾ bz
Ostdeutsche Bank	8	4	4	78⅞ B
Ostd. Product.-Bk.	8½	0	4	11 G
Posner Prov.-Bank	6½	7⅔	4	107¾ G
Preuss. Bank-Act.	13½	20	4½	160½ bzG
Pr.-Bod.-Cr.-Act. B.	15	0	4	106⅛ bzG
Pr.-Cent.-Bod.-Cr.	9½	9½	4	120¼ bz
Sächs. B 60 % I. S.	12	12	4	125½ B
Sächs. Cred.-Bank	13	0	4	70 bzB
Schl. Bank.-Ver.	14	6	4	109 bz
Schl. Centralbank	13	8	4	65½ bz
Schl. Vereinsbank	9	7	4	92⅛ G
Thüringer Bank	14	8	4	101 bzG
Weimar. Bank	8	5	4	90 bzB
Wiener Unionsb.	5	0	4	63½ G

(In Liquidation.)

Berliner Bank	14	0	fr.	77½ bz
Berl. Lomb.-Bank	11¼	0	fr.	20 bzG
Berl. Makler-Bank	11	0	fr.	— —
Berl. Wechslerbk.	0	0	fr.	51½ bz
Centralb. f. Genos.	14	0	fr.	86¾ bzB
Nrdschl. Cassenv.	15	0	fr.	2¼ G
Pos. Pr.-Wechsl.-B	8	0	fr.	¾ G
Pr. Credit-Anstalt	24	0	fr.	56⅛ bzB
Prov.-Wechsl.-Bk.	7½	0	fr.	90⅜ bzG
Ver.-Bk. Quistorp	19	0	fr.	28½ B

Industrie-Papiere.

Baugess. Plessner	14	0	4	⅛ bz
Berl. Eisenb.-Bd A	11½	6¾	4	124½ bzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	29½ bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	7¾	8	4	91⅜ bzG
Märk. Sch. Masch. G	2¼	0	4	28 bz
Nordd. Papierfabr.	8	0	4	39 B
Westend, Com.-G.	17	0	fr.	19¾ bzB
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	16⅘	17⅗	4	129 bzG
Schl. Feuervers.	17½	18	4	199 B
Donnersmarkhüt.	—	6	4	51½ bzG
Dortm. Union	12	—	4	29¾ bzB
Königs- u. Laurah.	29	20	4	134¾ bz
Lauchhammer	9	2	4	48 bzB
Marienhütte	14	6	4	68 G
Minerva	0	0	fr.	— —
Moritzhütte	—	5	4	54 B
OSchl. Eisenwerk.	11	0	4	24½ G
Redenhütte	10	2	4	29¾ bzG
Schl. Kohlenwerk.	9	1	4	55 B
Schles. Zinkh.-Act.	8	8	4	101 bz
do. St.-Pr.-Act.	8	8	4½	102¾ bz
Tarnowitz. Bergb.	20	16	4	97 bzG
Vorwärtshütte	8	7	4	43¾ B
Baltischer Lloyd	0	0	4	25 etbzG
Bresl. Bierbrauer.	—	9	4	31¼ B
Bresl. E.-Wagenb.	7½	3½	4	50¾ B
do. ver. Oelfabr.	10	8	4	62¾ G
Erdm. Spinnerei	9	7	4	53 B
Görlitz, Eisenb.-B.	0	0	4	48 G
Hoffm's Wag.-Fab.	6	5½	4	37 G
O.Schl. Eisenb.-B.	14	5	4	68¾ G
Schles. Leinenind.	9	7½	4	90⅜ G
S.Act.-Br. (Scholtz)	9	0	fr.	27 G
do. Porzellan	7	7	4	40 B
Schl. Tuchfabrik	0	0	4	9 B
do. Wagenb.-Anst.	9	0	4	7 bzG
Schl. Wollw.-Fabr.	10	0	4	19½ G
Wilhelmshütte MA	11½	10	4	100⅛ G

London, 2. December. In der gestrigen Wollauction zeigte sich mehr Kauflust.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Versailles, 2. December, Abends. Nationalversammlung. Buffet dankt für die Wahl und sprach die Erwartung aus, die Parteien würden eine versöhnliche Haltung gegen einander bewahren; er hoffe, die Nationalversammlung werde mit Gottes Hülfe ihre Mission vollkommen erfüllen. Audiffret wurde mit 288 gegen Rampon mit 251 Stimmen zum Vicepräsidenten gewählt. Das Gesetz über die Reorganisirung der Cadres wurde in der ersten Lesung angenommen. Sonntag finden anläßlich des Wiederzusammentritts der Nationalversammlung öffentliche Gebete statt.

Marseille, 1. December. Der Postdampfer „Washington" vom baltischen Lloyd ist heute wohlbehalten hier eingetroffen.

New-York, 1. December. Der Bekanntmachung des Schatzsecretairs Bristow zufolge hat sich die Staatsschuld im Monat November um 123,000 Dollars vermindert. Im Staatsschatze befanden sich am 30. November 83,043,000 Dollars in Metall und 16,699,000 Dollars in Papiergeld.

New-York, 2. December. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Cuba hat ein spanisches Kanonenboot 2½ Meilen von der cubanischen Küste einen englischen Schooner aufgebracht.

Berlin, 2. December. [Productenbericht.] Bei ziemlich belebtem Geschäft eröffnete Roggen heute in recht fester Haltung, die jedoch bald der gewohnten Stille Platz machte; die Course mußten alsdann ihren kleinen Fortschritt wieder aufgeben, schließen jedoch von Neuem höher als gestern. — Roggenmehl etwas fester. — Weizen war bei mäßigem Umsatz etwas höher zu verwerthen. — Hafer loco wenig beachtet, Termine in fester Haltung. — Rüböl still und wenig verändert. — Spiritus setzte matt ein, schließt jedoch wieder etwas fester.

Weizen loco 55—70 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, ordin. gelber — Thlr. bez., gelber — Thlr. bez., inländischer — Thlr. bez., weißer poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December 61 Thlr. bez., per December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Rchmk. bez., pr. April-Mai 188—188½ Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 189 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli — Rchmk. bez. — Gekündigt 2000 Ctnr. Kündigungspreis 61 Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 51—58½ Thlr. nach Qualität gefordert, neuer russischer 51¾—52¼ Thlr. bez., geringer russischer — Thlr. bez., inländischer 56—58 Thlr. ab Bahn bez., geringer inländischer — Thlr. bez., poln. — Thlr. bez., pr. December 51¾—52 Thlr. bez. pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar 153—154 Rchmk. bez., pr. Frühjahr 148½—149 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 148½—149 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 147½ Rchmk. bez. Gekündigt 9000 Ctnr. Kündigungspreis 51⅞ Thlr. — Gerste loco 51—64 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 54—64 Thlr. nach Qualität gefordert, böhmischer — Thlr. bez., ostpreußischer 58—62½ Thlr. bez., westpreußischer — Thlr. bez., neuer russischer 57—60 Thlr. bez., schlesischer — Thlr. bez., ungarischer und galizischer 61—63½ Thlr. bez., pommerscher — Thlr. ab Bahn bez., uckermärker — Thlr. ab Bahn bez., pr. December 61 Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., per Frühjahr 173½—174 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 171—171½ Rmk. bez. — Gekündigt 1000 Ctnr. Kündigungspreis 61 Thlr. — Sgr. — Erbsen: Kochwaare 66—78 Thlr. bez., Futterwaare 61—64 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack 9 5/12—9 Thlr., Nr. 0 und 1 8 5/12—8 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0: 8⅔—8¼ Thlr., Nr. 0 und 1 7⅚—7½ Thlr. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December 7 Thlr. 20½—21 Sgr. bez., pr. December-Januar 22,9 Rchmk. bez., pr. Januar-Februar 22,7—8 Rmk. bez., pr. Februar-März 22,6 Rchmk. bez., pr. März-April — Rchmk. bez., pr. April-Mai 22,2 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni — Rchmk. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. nach Qualität. — Rüböl per 100 Kilo netto loco 18 Thlr. bez., mit Faß — Thlr. bez., per December 18⅓ Thlr. Gld., pr. Januar-Februar — Rchmk. bez., per April-Mai 57,3 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 58 Rchmk. bez., pr. September-October 61 Rchmk. Gld Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 20⅙ Thlr bez. — Petroleum per 100 Kilo. incl. Faß loco 7¾ Thlr. bez., pr. December 7¾ Thlr. Br., pr. December-Januar — Rchmk. bez., pr. Januar-Februar 23 Rchmk. bez., pr. April-Mai — Rchmk. bez. — Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 Liter loco „ohne Faß" 18 Thlr. 16 Sgr. bez., „mit Faß" pr. December 18 Thlr. 15—16 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., per Januar-Februar — Rchmk. bez., pr. Februar-März — Rmk. bez., pr. April-Mai 58,3—57,9—58 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 58,6—58,2—58,4 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 59,8—59,5 59,6 Rchmk. bez., pr. Juli-August 61—60,5—60,6 Rchmk. bez. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

[Actienzeichnungen auf unwahre Gründungs-Prospecte.] Mehrere Mannheimer Kaufleute hatten sich geweigert, die von ihnen ursprünglich gezeichneten Aktien zu den „Vereinigten Bischweiler Tuchfabriken" anzunehmen, als sich dieses Unternehmen als eine echte Gründung der vorkrachlichen Zeit entpuppte. Die Gründer wurden in Folge dessen gegen die Kaufleute klagbar, sind jetzt aber auch in zweiter Instanz mit ihrer Forderung abgewiesen worden, weil der Gerichtshof, der Mannheimer Appellations-Senat, als erwiesen annahm, daß in dem betreffenden Gründungsprospect unwahre Thatsachen angeführt worden waren, welche eine Täuschung der Aktionäre bezweckten.

Liverpool, 2. December. Der fällige Dampfer von der afrikanischen Westküste „Elmina" ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 2. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 119¾. Pariser do. 95¼. Wiener do. 106⅞. Franzosen*) 322. Hess. Ludwigsbahn 133. Böhm. Westbahn 208¾. Lombarden*) 137½. Galizier 248¾. Elisabethbahn 201. Nordwestbahn 147¼. Elbthalbahn —. Oberhessen 71¾. Oregon —. Credit-Actien*) 242. Russ. Bodencredit 89⅞. Russen 1872 98½. Silberrente 68¼ Papierrente 63⅞. 1860er Loose 107½. 1864er Loose 170. Ungar. Schatzw. 90¼. Raab-Grazer 81⅜. Amerikaner de 1882 97¾. Darmstädter Bankverein 387½. Deutsch-österr. 88⅛. Prov.-Disconto-Gesellschaft 80⅞. Brüsseler Bank 106⅜. Berliner Bankverein —. Frankf. Bankverein 85. do. Wechslerbank 83. Nationalbank 1053. Meininger Bank 97¼. Hahn Effectenbank 116 Continental 91½. Südd. Immobil.-Gesellschaft —. Hibernia —. 1854er Loose —. Rockford 16⅜. Rhein-Nahe-Bahn —. Schiff'sche Bank —. Neue Russische Anleihe —. Ungarloose 96¼. Köln-Minden-Loose —. Englische Wechslerbank —. Meininger Loose —. Schles. Vereinsbank —. Kurhessische Loose —. Baubank —. Neue ungar. Schatzb. 88¾. Fest, belebt.

*) per medio resp. per ultimo.

Speculationswerthe fest, Renten, Prioritäten und Loose höher, Bahnen und Banken besser.

Nach Schluß der Börse: Matter. Creditactien 241⅜, Franzosen 322¼, Lombarden 135¾.

Hamburg, 2. December, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamb. Staats-Prämien-Anleihe 109. Silberrente 68⅛. Oesterreich. Creditactien 206. dto. 1860er Loose 107. Nordwestbahn —. Franzosen 688. Lombarden 288½. Italienische Rente 66½. Vereinsbank 124¼. Laurahütte 133¾. Commerzb. 81. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 147¼. Provinzial-Disconto-Bank — —. Anglo-deutsche Bank 44 dto. neue 66. Dänische Landmannb. 28½. Dortmund. Union —. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93. Köln-M.-St.-Actien 128 Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 136. Bergisch-Märkische 84 Disconto 4½ pCt. — Matt.

Hamburg, 2. December. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, aber ruhig, auf Termine fest. Roggen loco fest, aber ruhig, auf Termine behauptet. Weizen 126pfd. pr. December 1000 Kilo netto 185 Br., 184 Gd., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 185 Br., 184 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 187 Br., 186 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 191 Br., 190 Gd. Roggen pr. December 1000 Kilo netto 163 Br., 161 Gd., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 163 Br., 161 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 161 Br., 160 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 154 Br., 153 Gd. Hafer und Gerste fest, aber ruhig. Rüböl matt, loco und per December 56, pr. Mai pr. 200 Pfund 57½. Spiritus still, per December 44½, per Februar-März 46, per April-Mai 46½, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 46½. Kaffee sehr matt, Umsatz sehr gering. Petroleum matt, Standard white loco 9, 90 Br., 9, 70 Gd., pr. Decbr. 9, 70 Gd., per Januar-März 10, 25 Gd., per August-Dec. 11, 25 Br. — Wetter: Schön.

Liverpool, 2. December, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Matt, Tagesimport 5000 Ballen, davon 1000 Ballen amerikanische, 4000 Ballen egyptische.

Liverpool, 2. December, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht). Umsatz 14,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Unverändert. Surats matt, für Verschiffung gute Frage zu vollen Preisen.

Middl. Orleans 8 3/16, middl. amerikanische 7⅝, fair Dhollerah 5⅛, middl. fair Dhollerah 4¾, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 3⅞, fair Bengal 4⅜, fair Broach 5⅛, new fair Domra 5⅜, good fair Domra 5 9/16 fair Madras 5, fair Pernam 8, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8½.

Amsterdam, 2. December, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, per März 270, pr. Mai 271. Roggen per März 186½, per Mai 183½. Raps per Frühjahr 370 Fl. Rüböl loco 31½, per Frühjahr 33¾.

Antwerpen, 2. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Geschäftslos.

Antwerpen, 2. Decbr. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 24½ bez., 25 Br., per December 24½ bez., 24¾ Br., per Januar 25 Br., pr. Februar 25 Br., pr. Januar-April 25 Br. — Fest.

Bremen, 2. Decbr. Petroleum. (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mk. 10 Pf. Höher.

⚬ **Breslau**, 3. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr ruhig, bei ausreichenden Zufuhren, Preise schwach preishaltend.

Weizen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 5¾ bis 6¾ Thlr., gelber 5⅓ bis 6⅓ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen zu billigeren Preisen mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. 5⅙ bis 5¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5⅓ Thlr., weiße 5 5/12 bis 5¾ Thlr.

Hafer ruhiger, pr. 100 Kilogr. 5⅓—5⅔ bis 6 Thlr.

Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 6⅓ bis 7⅙ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6 Thlr.

Lupinen ohne Zufuhr, pr. 100 Kilogr. gelbe 4⅔ bis 5 5/12 Thlr., blaue 4½ bis 5 Thlr.

Bohnen unverändert, pr. 100 Kilogr. 7 5/12 bis 7½ Thlr.

Mais hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. 4 11/12 bis 5 5/12 Thlr.

Oelsaaten unverändert.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	7	15	—	8	7	6	8	17	6
Winter-Raps	7	25	—	8	5	—	8	12	6
Winter-Rübsen	7	15	—	7	25	—	8	5	—
Sommer-Rübsen	7	12	—	7	17	6	8	—	—
Leindotter	7	7	6	7	12	6	7	22	6

Rapskuchen sehr fest, schlesische 77—79 Sgr per 50 Kilogr.

Leinkuchen unverändert, schlesische 108—110 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat — hoch gehalten — neue rothe ordinäre 12—13 Thlr., mittele 13¼—13⅔ Thlr., feine 14—14⅔ Thlr., hochfeine 15⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr., — weiße wenig zugeführt, ordinäre 15—16 Thlr., mittle 17—18 Thlr., feine 18⅓—19 Thlr., hochfeine 19½—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee ohne Umsatz, 9—10—11 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Mehl in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. unversteuert Weizen- fein 9½ bis 9⅔ Thlr., Roggen- fein 9¼—9 7/12 Thlr., Hausbacken 8¾ bis 8 11/12 Thlr., Roggen-Futtermehl 4⅓—4⅔ Thlr., Weizenkleie 3⅓—3 7/12 Thlr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 2. 3.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	328''',78	330''',61	331''',56
Luftwärme	+ 1°,1	+ 1°,3	— 1°,1
Dunstdruck	2''',21	1''',94	1''',72
Dunstsättigung	100 pCt.	86 pCt.	95 pCt.
Wind	W. 1	W. 1	SO. 0
Wetter	trübe, Regen.	trübe.	trübe.

Breslau, 3. Dec [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 24 Cm. U.-P. — M. — Cm.

[Aus dem Leben des Königs Maximilian von Baiern] erzählt die „Frankf. Ztg.": Der nachbemerkte Vorfall, in früherer Zeit aus naheliegenden Gründen der Oeffentlichkeit vorenthalten, dürfte doch der Vergessenheit entrückt zu werden verdienen. Der König war Liebhaber des Ballets. Ein päpstlicher Nuntius, wohl nicht ohne die Absicht, den König an einer schwachen Seite zu fassen und damit das Interesse seiner Kirche zu fördern, beschwerte sich wiederholt und heftig über die unanständige Bekleidung der Tänzerinnen und die unsittlichkeit der Tänze. Das ärgerte den Fürsten Er ermittelte, daß jener Geistliche mitunter zu ungewöhnlicher Zeit ein Haus besuchte, dessen Bewohnerinnen just nicht zu den Vestalinnen gehörten. Auf allerhöchsten Befehl mußten geschickte Polizeiorgane aufpassen, im geeigneten Moment in jenes Haus eindringen, und dem neuen Tartüffe irgend ein kleines Kleidungsstück wegnehmen. Es war ein Sacktuch, das zum Opfer fiel. Damit schien die Sache abgethan. Als nach einiger Zeit die verschiedenen Gesandten der auswärtigen Regierungen in München dem König eine feierliche Aufwartung machten, unterhielt er sich mit denselben ausnahmslos aufs Freundlichste. Zum Schluß wendete er sich nochmals an den päpstlichen Nuntius: „Aber für Sie, Eminenz, habe ich etwas Apartes!" Bei diesem Worte zog er jenes Sacktuch aus der Tasche und überreichte es dem Ueberraschten mit dem Bemerken: „Das heben Sie vor das Gesicht, wenn Sie wieder das Unglück haben, zu leichtfertig gekleidete Ballettänzerinnen zu sehen."

[Rathe von wem!] In Kopenhagen erhielten jüngst zwei in Westerbro wohnende alleinstehende Damen ein Brieschen zugesandt, welches zwei Theaterbillets für die den Abend stattfindende Vorstellung und die geheimnißvollen Worte „Rathe von wem!" enthielt. Bald hatte die weibliche Neugierde gesiegt, die Schönen machten sich rechtzeitig auf den Weg zum Theater, nahmen die bewußten Plätze ein, doch umsonst — der unbekannte Billet-Wohlthäter war nirgends ausfindig zu machen. Man tröstete sich, denn es war sehr nett im Theater und in angenehmster Stimmung wanderten die Damen heim. Doch zu Hause in Westerbro angekommen — o Schrecken — da fanden sie ihr liebes Heim von beutegieriger Hand vollständig ausgeräumt. Nun war das Räthsel gelöst, ein schlauer Dieb hatte den armen bethörten Jungfrauen die Billets gesandt, um ungestört sein böses Werk ausführen zu können.

[Ueber die Etymologie des Wortes „Kümmelblättchen"] giebt eine illustrirte Zeitung folgende Auskunft: Dasselbe hat mit Kümmel, wie man meinen sollte, gar nichts zu thun. Dieses Kartenspiel besteht darin, daß drei Karten so geschickt durcheinander geworfen werden, daß es dem Unkundigen nicht möglich ist, eine bestimmte Karte ihrer Lage nach zu bezeichnen. „Bauernfänger" betrügen Unerfahrene dadurch um ihren Einsatz. In der Gaunersprache bedient man sich nun bekanntlich vieler hebräischer Wörter. Der dritte Buchstabe des hebräischen Alphabets, Gimel, wird auch zur Bezeichnung der Zahl „drei" gebraucht. Das Spiel heißt daher eigentlich „Gimelblättchen", was dem Namen nach dem bekannten Kartenspiele „Dreiblatt" entspricht.

[Rosza Sandor,] der berüchtigte Betyar, welcher bekanntlich wieder einmal zum Tode verurtheilt war, ist abermals vom Kaiser Franz Joseph zu lebenslänglicher Kerkerstrafe begnadigt worden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.